:antifaschistische nachrichten

Nr. 8

g 3336 11.4.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Gute Resonanz auf Ostermärsche!

Die Teilnehmer/innenzahl der diesjährigen Ostermärsche hat deutlich zugenommen. In einigen Orten gab es erstmals wieder Ostermarschaktionen (Hannover, Landshut, Traunstein, Bad Tölz u.a.).

Die Lage ist aber auch sehr ernst. Die US-Regierung plant konkrete Angriffe auf Somalia und vor allem den Irak. Selbst der Einsatz von Miniatomwaffen wird ernsthaft diskutiert. Die Situation in Israel / Palästina ist zum Krieg eskaliert. Das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr war in brutalen Kampfeinsätzen in Afghanistan. Genau diese Themen waren die Schwerpunkte der Ostermarschreden der IMI-Vertreter/innen (Informationsstelle Militarisierung) in Mainz, Stuttgart, Münster und Düsseldorf. Till Gocht wies in Mainz auf die konkrete Kriegsgefahr. „Wir stehen an der Schwelle zu neuen Kriegen, die heute vorbereitet werden. Am wahrscheinlichsten scheint zur Zeit eine Intervention entweder im Irak oder in Somalia zu sein, beides unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. Eine direkte Verbindung zu den Anschlägen vom 11. September braucht vermutlich nicht mehr hergestellt zu werden.“

Till Gocht machte deutlich, dass „wir jedoch allen Grund (haben), unsere Aufmerksamkeit auch auf das zu richten, was in den letzten 12 Jahren seit der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem wesentlichen Merkmal geworden ist. Ich rede von der Militarisierung deutscher Außenpolitik, dem lange vorbereiteten Kampfeinsatz deutscher Soldaten außerhalb der eigenen Landesgrenzen.“

Fortsetzung Seite 11

Aus dem Inhalt:



Ostermarsch in Frankfurt

Nicht mal ein kurzer Marsch in Leipzig ...

Manchmal kommt die Wahrheit doch etwas überraschend. Sachsen stehe „für Offenheit, Toleranz und auch Fremdenfeind-, Fremdenfreundlichkeit“, sagte Justizminister Manfred Kolbe zwei Tage vor Christian Worchs drittem Leipzig-Aufzug am ersten Samstag im April. Daran schloss Kolbe auf der Veranstaltung der Christlich-demokratischen Juristen an, um die eigentliche Gefahr zu verdeutlichen, einige vermeintliche Antifa-Zitate aus den jüngsten Tagen zu zitieren. Die von Kolbe aus schlechtem Grund nicht genannte Quelle war die Indymedia-Internetside, wo die „Zitate“ als Zuschriften schon seit längerem in dem für jeden nutzbaren Forum standen. Es gehe „gegen den Radikalismus, auch den rechten“. Dem schloß sich der Leipziger OB Wolfgang Tiefensee an, von dessen Stadt „aus eine Weltordnung gestürzt worden“ sei, es gehe „gegen Gewalt, von welcher Seite auch immer.“ „Diesem nationalen Unglück entgegentreten“, verlangte der Nikolaikirchen-Pfarrer Christian Führer mit Blick auf die Nazis, diese Menschen „die an ihren Defiziten verführt wurden.“ „Wir wollen in Leipzig weder braune Brut noch Linksfaschisten“, konkretisierte der Rechtsanwalt und CDU-Kreisvorsitzende Kurt-Ulrich Meyer das gemeinsame Anliegen.

Immerhin blieb diesmal alles ruhig. Die Bilder vom November, als mit chemisch angereicherten Wasserfontänen, Reizgas und Knüppel die Blockierer vom Hauptbahnhof „behandelt“ worden waren (siehe AN 24/2001), blieben diesmal aus. Mehrfachreihen von Polizeiautos trennten nicht nur das Aufeinandertreffen, sondern fast jeglichen Sichtkontakt von Teilnehmern von Gegenveranstaltungen wie „Jugend ist bunt“ und den Worch-Streitern „Gegen Repression und linke Gewalt, für Demonstrationsfreiheit. Wir sind das Volk!“ Knapp 1000 Personen waren gekommen. Neben Promis wie Friedhelm Busse waren Gruppierungen wie der „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“ (SS/SA), die Saalefront aus Halle, N.O.D. Chemnitz, Mitglieder der Revolutionären Plattform, das Aktionsbündnis Westthüringen sowie der Arische und der Nationale Widerstand Rostock. Neben Sprüchen wie „Nationalisten gegen eure kranke Subkultur“, „Sie sagen die Nazis und meinen uns Deutsche“ auf Pappen, lag der Schwerpunkt wieder auf dem einen neuen alten Feind, der die Anwesenden alles andere als national und international isoliert. „Stoppt den Kriegstreiber Israel. Solidarität mit den palästinensischen Freiheitskämpfern“. Und „Solidarität mit Palästina“, forderte die Fränkische Aktionsfront.

Fortsetzung S. 3

Rechte Schläger verstärkt im Westen aktiv

BERLIN. 742 rechte Straftaten zählt die Bundesregierung für Januar und Februar 2002, davon 517 Propagandadelikte und 68 Gewaltdelikte, das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke hervor. 66 Personen wurden von rechten Schlägern verletzt. 472 Tatverdächtige, 48 Festgenommene und 5 Haftbefehle erfasste die Regierung für diesen Zeitraum. Dies zeigt, wie gefährlich die rechte Szene nach wie vor ist.

Auffallend ist, dass die Mehrheit der Tatverdächtigen und Festgenommenen aus den westdeutschen Bundesländern kamen. Die meisten rechten Schläger verzeichneten Nordrhein-Westfalen (38), Rheinland-Pfalz (38) und Bayern (36), gefolgt von Niedersachsen (28), Baden-Württemberg (19) und Brandenburg (19). Gleichzeitig bestätigen Nachmeldungen für 1999 und 2000 den hohen Anteil von Erwachsenen an rechten Straf- und Gewalttaten. Die Bundesregierung teilt in ihrer Antwort mit, dass von den insgesamt 40.288 Beschuldigten in den Jahren 1999 und 2000 ca. 40 Prozent Erwachsene sind. Von insgesamt 417 Haftbefehlen ergingen ebenfalls ca. 40 Prozent gegen Erwachsene. Unbeachtet bleibt in solchen Statistiken darüber hinaus, dass das erwachsene Umfeld der Jugendlichen diese oft zu Straftaten anhält und ihre Taten legitimiert. Dieser hohe Anteil von Erwachsenen an rechter Gewalt – als Täter oder mittelbar als Unterstützer, Anstifter oder Bagatellisierer – wird in der öffentlichen Debatte häufig ignoriert. Stattdessen wird Rechtsextremismus oft als alleiniges Jugendproblem dargestellt.

1999 und 2000 kam es zusammen zu 4.254 Verurteilungen wegen rechtsextrem motivierter Delikte, davon 1166 Verurteilungen zu Jugend- und Freiheitsstrafen. All diese Zahlen belegen: Weiterhin ist der Rechtsextremismus eine Bedrohung für viele Menschen, insbesondere für Flüchtlinge und MigrantrInnen. *Ulla Jelpke, MdB* ■

Neuer Wein aus alten Schläuchen

MARDORF. Auf der Bundesversammlung des „Bund Junges Ostpreußen“ (BJO), der Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen“, im März in Mardorf am Steinhuder Meer wurde auch eine neuer Bundesvorstand gewählt. Zur Bundesvorsitzenden wurde Nanette Kaiser, ehemals Landesvorsitzende der ins neofaschistische Spektrum abgewanderten „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) in NRW und frühere Landesvorsitzende der „Jungen Freiheitlichen“ im „Bund Freier Bürger“, gewählt. Zu Stellvertretern wurden Andreas Kurt Borm und Rüdiger Danowski gewählt. Auch unter den gewählten Beisitzern finden sich ehemalige JLO-Aktivisten, wie z.B. Rene Nehring, Interviewpartner der „Jungen Freiheit“ und Thomas Maiwald.

Neben einem Pfingstlager plant der BJO im Sommer eine Fahrt ins frühere Memelland, eine Paddeltour und ein Kriegsgräberlager. Auf dem Deutschlandtreffen der „Landsmannschaft Ostpreußen“ will die BJO mit einem Stand vertreten sein. *hma* ■

Pro Stoiber und Schill

HAMBURG. „Die Deutschen Konservativen“ um den wegen Volksverhetzung verurteilten Joachim Siegerist und den Berliner CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer machen in einer ganzseitigen Anzeige in der „FAZ“ am 28. März Werbung für Ronald Schill und Edmund Stoiber. „Gebt der Schill-Partei eine Chance. In Berlin Stoiber als Kanzler – aber in den Ländern geht es nicht ohne Schill“, heißt es in der Anzeige. Edmund Stoiber sei „ideal als Kanzler. Aber Hilfe braucht auch er. Früher oder später – zumindest im Bundesrat. Das geht nur mit Ronald Schill. Doch nicht mit der Wackel-Partei FDP“. Ein Aufruf zur Unterstützung Schills wird u.a. von dem ehemaligen Vorsitzenden der Berliner Polizeigewerkschaft, Egon Franke, dem ehemaligen Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Peter Helmes, dem ehemaligen Anwalt von Franz Joseph Strauß, Dr. Günther Ossmann und der Bundesverdienstkreuzträgerin Ursula Keßler-von Nathusius vom „Verband Deutscher Soldaten“ unterstützt. Angeboten wird zugleich eine Broschüre des „Junge Freiheit“-Kolumnisten Dr. Carl Gustav Ströhm unter dem Titel „Ronald Schill. Alles über ihn und seine Partei“. *hma* ■

„Evangelische Notgemeinschaft“ tagt

NEUENDETTELSAU. Die am rechten Rand der evangelischen Kirche beheimatete „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ (EniD) führt ihre diesjährige Studientagung unter dem Motto „Ideologie und Glaube: Die Welt zwischen Spaßgesellschaft, religiös begründetem Terror und christlicher Freiheit“ vom 24. bis 26. Mai im Haus Lutherrose in Neuendettelsau durch. Als Referenten sind u.a. vorgesehen: Ulrich Motte, „Junge Freiheit“ und „Criticon“-Autor aus München zum Thema „Christlicher Glaube und Fundamentalismus“, Frank Hauke („Ideologien in Politik, Wirtschaft und Kultur“), FOCUS-Journalist aus Berlin und Mitautor des Buches „Wir ´89er“, das 1995 von dem damaligen „Junge Freiheit“-Redakteur Roland Bubik herausgegeben wurde und die Orientalistin Prof. Dr. Annemarie Schimmel. Nach internen Auseinandersetzungen innerhalb der „Evangelischen Notgemeinschaft“ ist kürzlich der „Junge Freiheit“- und „Criticon“-Autor Prof. Dr. Klaus Motschmann „auf eigenen Wunsch“ aus dem neugewählten Vorstand der ENiD ausgeschieden. *hma* ■

Regierung brüskiert jüdische Gemeinden in der Slowakei

BERLIN. Die rot-grüne Bundesregierung ist nicht bereit, jüdische Gemeinden in der Slowakei für Verluste im Zusammenhang mit dem Holocaust zu entschädigen. Zur abschlägigen Antwort der Bundesregierung auf Entschädigungsforderungen jüdischer Gemeinden in der Slowakei erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: „70.000 slowakische Juden wurden 1942 gewaltsam verschleppt und in den Vernichtungslagern der Nazis umgebracht. „Zur Deckung der mit der Aussiedlung der Juden aus der Slowakei verbundenen Kosten“, so die damalige zynische Begründung, mussten die jüdischen Gemeinden zusätzlich 200 Millionen slowakische Kronen – umgerechnet 17 Millionen Reichsmark – abliefern.

Dafür und auch für alle anderen Schäden des Holocaust haben die jüdischen Gemeinden in der Slowakei niemals auch nur einen Pfennig Entschädigung von deutscher Seite erhalten. Der Ost-West-Konflikt blockierte jede Lösung.

Auch die Entschädigungsregelungen im Rahmen des seit 2000 geltenden Zwangsarbeitergesetzes sind so, dass die jüdischen Gemeinden – trotz Verhandlungen mit deutschen Stellen während dieser Zeit – keinen Anspruch haben. Nur private Personen können nach dem Gesetz Ansprüche auf Entschädigung erheben. Vermögensverluste werden nur erstattet, wenn dafür deutsche Firmen mitverantwortlich sind. Beides trifft auf die jüdischen Gemeinden der Slowakei nicht zu. Sie sind Religionsgemeinschaften, also juristische Personen, und die Deportationsgebühren wurden von staatlichen Stellen verhängt.

Auch die anderen Entschädigungsgrundsätze treffen für die jüdischen Gemeinden der Slowakei nicht zu. Rückerstattung gibt es nur noch für einzelne Vermögensteile wie Kunstwerke, die in der Nazi-Zeit ins Gebiet der heutigen Bundesrepublik gelangt sind. Und das Bundesentschädigungsgesetz gilt nur bei

Schäden, die in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 entstanden sind.

Trotzdem will Finanzminister Eichel den jüdischen Gemeinden keinen Pfennig zahlen. Noch nicht einmal zur symbolischen Zahlung, zum Beispiel als Hilfe beim Wiederaufbau jüdischer Synagogen, ist die Regierung bereit.

Ich appelliere dringend an die Regierung, diese Arroganz der Macht zu korrigieren. Einen Schlussstrich unter die Verbrechen der Nazi-Zeit darf es nicht geben.“ *Ulla Jelpke* ■

Gedenkstunde am 21.April

REMSCHEID. Am Sonntag, den 21. April um 11 Uhr findet am Mahnmal Wenzelnberg bei Remscheid (Nähe Elberfelder Str./Kapeller Weg) die jährliche Gedenkstunde für die 71 Menschen statt, die dort vor 57 Jahren von den Nazis ermordet wurden. Neben Beiträgen von Künstlerinnen und Künstlern, SchülerInnen und Autoren gibt es auch einen Redebeitrag von Heinz Humbach (VVN-BdA), Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand und Gestapo-Häftling 1944/45. *hma* ■

Nazis ziehen um, Nazis ziehen ein

FREIBURG. Der Zittauer Naziverein „Nationaler Jugendblock“ (NJB) hat sich nach der gescheiterten Erbpacht-Übernahme seines bisherigen Objektes einen neuen Treffpunkt, in der Lessingstraße, gesucht. Das Haus wurde ihnen für mehrere Jahre vermietet.

Ex-NPD-Chef Günther Deckert hat für 5.000 DM eine ehemalige Gaststätte mit Saal in Gränitz bei Eppendorf (Landkr. Freiberg) gekauft, um darin eine „Straußwirtschaft“ und Disco einzurichten. Betreiber soll ein Typ werden, der bereits Naziskin-Konzerte in der Region organisiert hat. *gamma news* ■

Fortsetzung von Seite 1

Konnte die braune Front bei den ersten beiden Aufzügen jeweils einige hundert Meter laufen, sorgten diesmal das späte Eintreffen der Teilnehmer und sowie die äußerst peniblen Kontrollen der Polizisten für Verzögerungen des vorgesehenen Beginns um 12 Uhr. Um 17 Uhr, zu diesem Zeitpunkt sollte der Aufzug bereits das mehrere Kilometer entfernte Völkerschlachtdenkmal wieder verlassen, waren die Personenkontrollen immer noch nicht beendet. Die zwischenzeitlich beginnenden Absetzbewegungen verstärkten sich noch, als „Oidoxie“ zu spielen begann.

Ein Teil der rund 4000 aus allen Bundesländern kommenden Polizisten, die journalistische Arbeit wurde an diesem Tag zum Teil massiv behindert, hatten das Bahngebäude fast völlig abgeriegelt, dabei im Gebäudeinnern aber völlige Unklarheit bei den Beamten hinterlassen. So wurden massiv Nazis in den Bahnhof gelassen, wo sie auf Antifas treffen mussten. Nachdem 17.54 Uhr wiederholt „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ gerufen worden war, flog die erste Flasche und es kam kurzfristig zu leichteren Auseinandersetzungen. Eine von der Vorort-Reporterin des Regionalsenders „mdr info“ aufgestellte Behauptung, wonach linke Gegenaktivisten die Polizei mit Leuchtkörpern beschossen haben, ist eine Falschmeldung. Über die während dieser Aktion sowie im Laufe des Tages Festgenommenen und eventuelle Straftaten gehen die Zahlen weit auseinander.

Das schlechte Wetter vervollständigte die Pleite für Worch und die Seinen. Immerhin hatte Worch bereits am Donnerstag, als die Stadt Leipzig wieder einmal letztgültig mit den wichtigsten Auflagen vor dem OVG scheiterte, fünf weitere Aufzüge angemeldet. So für Anfang September unter dem Motto „Wir sind das Volk“, für den 3. Oktober „Weg mit den Mauern in den Köpfen“ und für den 8. Juni. Für diesen Tag mobilisiert seit einiger Zeit auch die NPD unter dem Motto „Ruhm und Ehre den deutschen Wehrmachtsoldaten“, denn ab Juni kommt die neue Wehrmachtsausstellung nach Leipzig. *Ned Flanders* ■



Zehntausend protestierten gegen den Naziaufmarsch in Leipzig

NS-Dokumentationszentrum muss selbständige Einrichtung bleiben!

KÖLN. Am 16. März 2002 war der Kölnischen Rundschau zu entnehmen, dass in der Kulturverwaltung der Stadt Köln Überlegungen angestellt werden, das NS-Dokumentationszentrum und das Stadtmuseum „organisatorisch zusammenzulegen“. Die Mitgliedersammlung des Vereins EL-DE-Haus e.V., dem Förderverein des NS-Dokumentationszentrums, hat aufs Schärfste gegen diesen Plan protestiert In der Erklärung heißt es:

„Das NS-Dokumentationszentrum hat – insbesondere seit seiner Einrichtung als selbständige Dienststelle im Rahmen der städtischen Kulturverwaltung im Jahr 1998 – ein eigenständiges Profil als Gedenk-, Forschungs-, Dokumentations- und Bildungsstätte entwickelt. Die Ergebnisse seiner Arbeit finden lokal, national und auch international Beachtung und Anerkennung. Durch die beabsichtigte Zusammenlegung wird nicht nur diese erfolgreiche Arbeit, sondern auch die Existenz des NS-Dokumentationszentrums überhaupt gefährdet.

Die Aufgabenstellungen von NS-Dokumentationszentrum und Stadtmuseum sind völlig unterschiedlich. Eine Gedenkstätte mit einem breiten politischen Bildungsauftrag – vom Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiter/innen über Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus bis hin zu Opferberatung – kann nicht auf eine museale Funktion reduziert werden. Daher kann eine Leitung in einer Hand den strukturellen und inhaltlichen Erfordernissen beider Häuser nicht gerecht werden. Die offenbar von der Kulturverwaltung angestrebte personelle Veränderung im Stadtmuseum darf nicht auf dem Rücken einer sehr erfolgreichen Kultureinrichtung der Stadt Köln ausgetragen werden.

Deshalb fordern wir die Stadt Köln auf, dass das NS-Dokumentationszentrum eine selbständige Einrichtung bleibt, die Personalstruktur nicht beeinträchtigt wird und die Ende Mai 2002 frei werdende Stelle des Direktors umgehend besetzt wird.“

Verein EL-DE-Haus e.V.
gez. Peter Liebermann, Vors. ■

Kein Platz für Neonazis und Rassismus in Weimar und anderswo – Naziaufmarsch verhindern!

THÜRINGEN. Der ver.di-Fachbereichsvorstand Besondere Dienstleistungen Thüringen hat beschlossen die Aktivitäten zur Verhinderung des Neonaziaufmarsches am 20. April 2002 in Weimar aktiv zu unterstützen.

„Wir begrüßen die Bemühungen der Stadt Weimar den Naziaufmarsch zu verbieten. Dies reicht jedoch nicht. Nur wenn am 20. April die Menschen aus ganz Thüringen, die für eine nichtrassistische Gesellschaft stehen, auf die Straße gehen, den Neonazis und anderen Rassisten und Antisemiten deutlich gemacht wird, dass für sie in Weimar und anderswo kein Platz ist, werden sie ihre

regelmäßigen Versuche in Weimar aufzumarschieren aufgeben.

Die Rechte Gewalt, der Rassismus und der Antisemitismus wächst in dieser Gesellschaft weiter an, weil die Neonazis durch die Verflechtung des Verfassungsschutzes in der Neonazi-Führung und die dadurch bedingte Gefährdung des NPD-Verbotsverfahren, sich als Opfer der Staatsmacht „verkaufen“ können, rassistische Argumente der Politik gegen das „Zuwanderungsgesetz“ oder bewusstes Lügen wie „Deutschland hat schon den größten Ausländeranteil in der EU...“ – Luxemburg und Österreich haben einen höheren, was Kanzlerkandidat Stoiber sicher weiß – rassistische Orientierungen in der Gesellschaft fördern und die Basis der Neonazis gestärkt wird.

Kein Platz für Neonazis in Weimar und anderswo, heißt für uns auch kein Platz für Rassismus und Antisemitismus.

Deshalb rufen wir die ver.di-Mitglieder auf, sich am 20. April, Weimarer Bahnhofsvorplatz, an der Gegendemonstration zu beteiligen!“

Angelo Lucifero, ver.di-Fachbereichsleiter ■

Parteiübergreifend auf der Straße

ERFURT. Mit einer „Sonderfahrt“ zum Bahnhof endete wenig spektakulär die Demonstration „Kein deutsches Blut für amerikanische Interessen“ am Samstag in Erfurt: 300 Polizisten aus ganz Thüringen hatten den Demonstrationszug durch die Innenstadt begleitet und zur Abschlusskundgebung die Zugänge zum Platz für bis zu 350 linke Gegendemonstranten gesperrt. Der Stadt Erfurt war es im Vorfeld nicht gelungen, die Demonstration gerichtsfest zu verbieten. Die Gegendemonstranten hatten an der Kreuzung Juri-Gagarin-Ring/Bahnhofstraße den Demonstrationszug stoppen wollen: Nachdem acht Polizisten von der Deeskalationseinheit verbal erfolglos blieben, wurde die Blockade durch Abdrängen der zumeist jugendlichen Demo-Gegner aufgelöst.

Um den geregelten Rückzug hatte sich der Demonstrations-Anmelder Kurt Hoppe aus Zella-Mehlis offenbar nicht gekümmert. Der Rentner und DVU-Landtagskandidat, Jahrgang 1936, war mit älteren Parteifreunden wie Otmar Wallner, einst stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner und nun für die DVU aktiv, längst verschwunden, als der Bus eintraf.

An mangelnder Organisation hatte schon der Start der Demo zu scheitern gedroht: Erst mit einer Stunde Verspätung waren die 20 geforderten Ordner gefunden, indem an fast jeden Teilnehmer über 18 Jahren die weiße Ordnerbinde ausgeteilt wurde – vier musste die Polizei zuvor ausschließen, weil sie alkoholisiert waren. Polizeichef Rainer Grube hätte gern gesehen, alle 20 zur Anmeldung benannten Ordner wären erschienen: einer auf der Liste wurde nämlich per Haftbefehl gesucht. Grube nahm die der Demo erteilten Auflagen ganz genau: Bomberjacken und Springerstiefel hatte das Gericht untersagt, wer gegen diese Kleiderordnung verstieß, konnte frierend mitlaufen oder musste der Demo fern bleiben. Sieben wurden vorläufig festgenommen, darunter solche Teilnehmer mit „Blut und Ehre“-Aufnäher, Gaudreieck oder der Reichskriegsflagge auf der Jacke.

Neonazi Worch konnte seine Rede nicht mehr halten, da der verspätete Start und eine spontane Umleitung der Marsch-Route durch die Polizei die Redezeit von angemeldeten 60 auf knapp 30 Minuten verkürzte. Dafür sprach zu „Landsleuten und Kameraden“ Otmar Wallner, Bundestagskandidat der DVU. Von der Pritsche des Transporters und unter Pfiffen der Gegendemonstranten kündigte er einen „Zeitenwechsel“ und einen „Übermenschen“ an, der das „auserwählte deutsche Volk“ zu einem neuen Europa führen werde.

Quelle: TLZ 24.3.2002 ■

Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in der Region verhindern!

MANNHEIM. Die Vorbereitungen für einen guten 1. Mai sind in Mannheim intensiv angelaufen. „Gut“ – das setzt in diesem wie im letzten Jahr unter anderem voraus, dass die Neonazis der NPD keinerlei Bewegungsspielraum in Mannheim und auch nicht anderswo in der Region bekommen.

Auf Einladung des DGB-Regionsvorsitzenden Max Nagel fand am 25. März im DGB-Haus eine erste große Aktionsbesprechung statt. Es waren ca. 40 Leute aus unterschiedlichen Zusammenschlüssen und Initiativen anwesend. Gestärkt durch die guten Erfahrungen des letzten Jahres sprach Max Nagel im Auftrag des DGB-Vorstandes Region Rhein-Neckar die „Einladung an alle“ aus, an der 1.-Mai-Demonstration und -kundgebung des DGB teilzunehmen. Auch nicht-gewerkschaftliche RednerInnen würden Gelegenheit bekommen, auf Zwischen- oder auch der Hauptkundgebung zu sprechen. Diese Einladung wurde von allen Anwesenden positiv aufgenommen; es herrschte großer Wille zur guten Zusammenarbeit aller.

Max Nagel hatte zunächst über die aktuelle Entwicklung informiert: Zwar hätte sich die NPD in Mannheim noch nicht wieder gemeldet, was aber nichts zu bedeuten habe. Dafür hat sich die NPD zusätzlich in Ludwigshafen angemeldet und aus ihrem Web-Auftritt sei zu entnehmen, dass auch Heidelberg im Visier der Neonazis sei. Es komme also auf regionale Zusammenarbeit in der Abwehr



Mannheim am 1. Mai 2001

der Nazis an. Entsprechende Kontakte seien bereits aufgenommen. „Wir werden den 1. Mai in Mannheim so vorbereiten, als kämen die Nazis auf jeden Fall“. Und: „Wir werden unsere Demonstration und Kundgebung auf jeden Fall durchführen“. Notfalls werde man aber sehr flexibel agieren. An einer regionalen Info-Kette wird gearbeitet.

In Ludwigshafen ist die Situation dadurch erschwert, dass man die guten Erfahrungen mit dem DGB dort nicht gemacht hat – deswegen sind die Regionalgespräche auf DGB-Ebene sicher positiv zu bewerten. Erschwerend kommt in diesem Jahr hinzu, dass die Ludwigshafener DGB-Kundgebung die rheinland-pfälzische Zentralveranstaltung mit dem Ministerpräsidenten ist, was einer flexiblen Vorgehensweise sicherlich nicht förderlich ist.

In Mannheim haben sich bereits über 50 Gruppen und Initiativen gemeldet, die ihre Mitarbeit an der Verhinderung des angekündigten Naziaufmarschs in Mannheim erklärt haben. Der DGB hat im übrigen eine Rechtsschutzzusage für eventuelle gerichtliche Auseinandersetzungen gegeben. Der Stadtjugendring plant, eine Kinder- und Jugendlichen-Rallye am 1. Mai in der Stadt zu organisieren. Eine weitere Aktionsberatung findet am 15. April um 18.00 Uhr im Otto-Brenner-Saal des DGB-Hauses Mannheim statt. *tht* ■

NPD will in Ludwigshafen aufmarschieren

LUDWIGSHAFEN. Der NPD-Landesverband hat für den 1. Mai eine Demonstration mit anschließender Kundgebung im Ebertpark unter dem Motto „Arbeit statt Globalisierung“ in Ludwigshafen beantragt. Am gleichen Tag findet hier ab 11 Uhr die landesweit zentrale Mai-Veranstaltung des DGB statt. Hauptredner sind dabei Ministerpräsident Kurt Beck und DGB-Bezirkschef Dietmar Muscheid. Bürgermeister Wilhelm Zeiser bestätigte heute den Antrag der NPD auf RHEINPFALZ-Anfrage. Die Stadt prüfe diesen Antrag und ein Verbot des Aufmarsches.

Arnold Willibald von der Ludwigshafener Bürgerinitiative gegen Rechts teilte mit, dass das Netzwerk gegen Rechts aktiviert werden soll. Er setze darauf, dass zusammen mit den Mannheimer Kräften

rund um den DGB eine „breite Gegenwehr“ durch Präsenz erreicht werden könne, wenn die NPD tatsächlich in Ludwigshafen marschiert. Im Vorjahr sei es in Mannheim gelungen, den Marsch der Rechten zu stoppen, so Willibald. Die Vorgespräche – auch mit dem DGB in Ludwigshafen – laufen in den nächsten Tagen, so Willibald. Er hoffe aber darüber hinaus, dass die Stadt alles dafür tue, dass es dazu erst gar nicht kommen werde. Eine physische Auseinandersetzung wollen wir nicht, betonte Willibald.

ell, aus KI Mannheim ■

Aktionen gegen Nazi-Aufmarsch am 1. Mai

Frankfurt. Mittlerweile scheint festzustehen, dass die militanten Neonazis der Freien Kameradschaften um Thomas Wulf, Christian Worch (beide aus Hamburg) und Steffen Hupka (Quedlinburg) – unterstützt von der lokalen NPD – tatsächlich erneut versuchen werden, am 1. Mai in Frankfurt einen Aufmarsch durchzuführen, zu dem sie bundesweit mobilisieren. Die Anmeldung für den Kaisersack/Hauptbahnhof liegt dem Ordnungsamt seit Monaten vor. Der im Internet verbreitete Aufruf der Neonazis steht unter dem Motto „Vielfalt statt Globalisierung!“, „gegen die Macher der One-World und der Globalisierung, die die Freiheit und Vielfalt der Völker bedroht“. Frankfurt werten Worch und Co als Symbol und feindliche Bastion „multikultureller Globalisierung“.

Die Aktivitäten der in der Anti-Nazi-Koordination verbundenen Personen, Initiativen und Organisationen konnten bewirken, dass die Absichten der Freien Kameradschaften, ihren Aufmarsch am 1. Mai 2002 zu wiederholen, frühzeitig bekannt gemacht und so eine breiter angelegte politische Diskussion über Gegenaktivitäten möglich wurde. Der Koordination ist es auch zu verdanken, dass sich Parteien, Gewerkschaften, Ortsbeiräte und das Kommunalparlament in den letzten Wochen mit dem Thema befasst haben bzw. befassen mussten. Das hat unter anderem dazu geführt, dass Anmeldungen für Veranstaltungen am 1. Mai für verschiedene Orte vorliegen, so dass sich die Rechtsradikalen dort jetzt nicht mehr versammeln können (z. B. Bertramswiese, Ostbahnhof, P&R Parkplatz Kalbach). Die Koordination hatte sich mit zwei Anliegen an die Stadt gewandt: Alle politischen und juristischen Mittel zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches sollten ausgeschöpft werden. Antifaschistische Gegendemonstrationen sollten unterstützt, zumindest nicht behindert werden. In der Stadtverordnetenversammlung haben nur die PDS, ÖkolinX und die Europaliste diese Anliegen aufgegriffen. Das Viererbündnis (CDU, SPD, Grüne, FDP), die Flughafenausbaugegner und die REPs (!) hatten zwar – nach längerem Hinauszögern – eine gemeinsame Erklärung beschlossen, die „Ämter und Institutionen der Stadt“ auffordert, „alles in ihrer Macht stehende zu tun, um Extremismus und Rassismus durch aktives Handeln entgegenzuwirken...“ In dieser vom Stadtparlament verabschiedeten Resolution werden jedoch in bewusster Abkehr von der von der Koordination angeregten Erklärung die faschistischen DemonstrantInnen mit den GegendemonstrantInnen in einen Topf geworfen. Die „Rechtfertigung“ für repressive Polizeigewalt gegen Antifaschisten wird so gleich mitgeliefert.

Da ein Verbot des Aufmarsches von den Gerichten vermutlich nicht bestätigt wird, ist damit zu rechnen, dass das Ordnungsamt den Nazis nicht die Innenstadt, sondern einen anderen Versammlungsort im Stadtgebiet anbieten wird. Die GegendemonstrantInnen müssen also ein flexibles Vorgehen einplanen.

Die Koordination führt am 20. April von 11 bis 13 Uhr einen Aktionstag durch, und zwar in der Innenstadt (Hauptwache/Katharinenkirche), in Bockenheim (vor Woolworth) und in Bornheim (U-Bahnstation Bornheim Mitte). Im Cafe Excess gibt es am 29. 4. eine letzte größere Informationsveranstaltung der autonomen Antifa.
Siehe dazu auch:
http://antifa.frankfurt.org.

ola ■

VVN-BdA fragt nach „Schläfern“ aus der rechten Terrorszene

Die VVN-BdA hat auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die von sogenannten „Schläfern“ aus der rechten Terrorszene ausgehen. Seit Jahren kursiert in der Neonaziszene der Aufruf an „Junge Kameraden und Kameradinnen, die vor der Berufswahl stehen, unbelastet, intelligent und sportlich sind,“ sich zu „einer Ausbildung bei Bundeswehr und Polizei“ zu melden, „mit dem Ziel, sich in besonders qualifizierten Spezialeinheiten (!) das nötige Wissen und Können anzueignen.“ (Siehe Anhang). Der Initiator des Aufrufs ist Steffen Hupka, ehemaliger Mitarbeiter des verstorbenen Naziführers Michael Kühnen, Leutnant a.D. Hupka gehörte zur rechtesten Ecke in der NPD und tritt jetzt verstärkt gemeinsam mit dem Anti-Antifa-Initiator Christian Worch in Erscheinung. So am Samstag, den 2. März 2002, da sich in Bielefeld neben Christian Worch auch jener Steffen Hupka, der 1995 den genannten Aufruf erlassen hat, an die Spitze der freien Kameradschaften und Nationalisten gesetzt hat.

In einem Brief an den nordrhein-westfälischen Innenminister Fritz Behrens (SPD) machte die VVN-BdA NRW auf die Gefahr neonazistischer „Schläfer“ aufmerksam, die jedoch von den Anti-Terror-Paketen des Bundesinnenministers unberücksichtigt bleiben. Ein Schrecher der VVN-BdA stellte die Fragen: „Auf welchen Kommandostellen bei Polizei und Bundeswehr sowie unter den zu Auslandseinsätzen berufenen Reservisten befinden sich bereits die neuen Nazis, die diesem Aufruf folgten, um die Posten der alten Wehrmachtsgeneration in der Bundeswehr und anderen bewaffneten Kräften einzunehmen? Warum gab es keine Rasterfahndung nach neonazistischen unauffälligen Schläfern? Warum dürfen die Führer der verbotenen Kühnen-Bande unter anderen Organisationsnamen ihre verbrecherische Tätigkeit fortsetzen?“

Ulrich Sander,
Bundessprecher VVN-BdA ■

Anhang:

„Geh zur Bundeswehr. Junge Kameraden und Kameradinnen, die vor der Berufswahl stehen, unbelastet, intelligent und sportlich sind, sollten eine Ausbildung bei Bundeswehr und Polizei in Erwägung ziehen, mit dem Ziel, sich in besonders qualifizierten Spezi-aleinheiten das nötige Wissen und Können anzueignen. ... Widerstand, der auf die Beseitigung eines volksfeindlichen Systems zielt, muß professionell geplant sein.“ Dazu gehörten „weitestgehende Tarnung, Unauffälligkeit und Unberechenbarkeit für den Gegner.“ Wer als bekannter Aktivist aufgefallen sei, dem wird abgeraten, sich „im hier angesprochenen Sinne zu betätigen“. „Die anderen aber sollten sich von den bekannten rechten Gruppierungen fernhalten, der geringste Kontakt kann schaden.“ Weiter: „Nichts darf diese Kameraden als Nationalisten identifizieren.“ So heißt es in dem Papier „Umbruch“ aus dem Jahr 1995, herausgegeben von Steffen Hupka (früher Funktionär der Kühnen-Formationen in Westdeutschland und später führend bei den Jungen Nationaldemokraten und der Revolutionären Plattform).

Seit Donnerstag, den 4. April ist es jetzt amtlich: Jean-Marie Le Pen kann zur französischen Präsidentschaftswahl am 21. April dieses Jahres antreten. Knapp, aber dennoch hat der Chef des Front National (FN) es geschafft, die Unterschrift von 500 Mandatsträgern der Republik vorzulegen, die seine Kandidatur unterstützen.

Frankreich:

Le Pen als Kandidat zugelassen – Mégret ebenfalls

Manche Beobachter – etwa seitens der Sozialistischen Partei – verdächtigen den FN-Präsidenten derzeit gar, seine Schwierigkeiten bei der Unterschriftensuche nur fingiert zu haben, um von sich reden zu machen und den Märtyrer zu spielen. Vom objektiven Resultat her ist ihm das auf jeden Fall gelungen: Nach zweijähriger weitgehender Abwesenheit aus dem Blickfeld der Medien stand er plötzlich wieder im Mittelpunkt. Die Theorie, wonach er absichtlich mit dem Risiko gespielt, oder gar bereits vorhandene Unterschriften zurückgehalten habe, ist jedoch nur bedingt glaubwürdig.

Tatsächlich hat Le Pen den gesamten Kaderapparat des FN über mindestens vier Wochen hinaus ausschließlich dazu eingespannt, die Bürgermeister des Landes dahingehend zu bedrängen, eine der ersehnten Unterschriften herauszurükken. Auch sein Wahlprogramm ist erst in den ersten Aprilwoche, und damit verspätet, in Druck gegangen. Dennoch hat Le Pen auf jeden Fall den wichtigen Erfolg erzielt, nun wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Beachtung gestanden, und das „Opfer des Systems" gespielt zu haben. Prompt ist auch sein weiterer Aufstieg in den Vorwahlumfragen zu verzeichnen, wo er bereits zwischen 11 und 13 Prozent steht. Am Ende der ersten Aprilwoche verzeichnete die Pariser Tageszeitung *Libération* ihn in ihren Prognosen bei 13 Prozent. Damit ist nicht auszuschließen, dass die extreme Rechte ihr hohes Wahlergebnis von 1995 – trotz ihrer Spaltung – wiederholt.

Auch Bruno Mégret ist Kandidat. Er scheint weniger Schwierigkeiten beim Zusammentragen der 500 Unterstützungs-Unterschriften gehabt zu haben, jedenfalls hat er bei weitem nicht so viel Lärm darum veranstaltet. Doch hat er dies allem Anschein nach zum Teil einer bewussten Strategie der Konservativen zu verdanken. Schenkt man der Satire- und Enthüllungszeitung *Le Canard enchaîné* (vom 27. März 02) Glauben, dann hat die Umgebung des Kandidaten Chirac mindestens 150 Bürgermeister aus ihrem Lager gezielt für Mégret unterschreiben lassen. Ziel der Operation wäre natürlich – trifft die Information zu -, eine gewissermaßen institutionalisierte Variante des Rechtsextremismus aufzubauen, die dem bündnisunfähigen Le Pen ein wenig Konkurrenz macht. Bruno Mégret tritt seit Jahren offensiv für eine Regierungskoalition nach österreichischem, italienischem und jetzt auch dänischem Muster ein. Und er hat längst angekündigt, im zweiten Wahlgang zur Unterstützung des Konservativen Chirac gegen den sozialdemokratischen RChallenger RJospin aufzurufen. Genau dies ist von Le Pen mit Bestimmtheit nicht zu erwarten. Doch es würde sich um ein Spiel mit dem Feuer seitens der Konservativen handeln. Denn nach dem absehbaren (politischen oder physischen) Ableben von Jean-Marie Le Pen könnte die neofaschistische Kraft Mégrets anwachsen. Und vor allem verfügt diese über ein Kader- und Aktivistenpotenzial, das sowohl die karrierehungrigen und gut ausgebildeten Vierzigjährigen, die es an die Fleischtöpfe der Macht drängt, als auch eine gehörige Anzahl militanter Neonazis umfasst. Denn beide fühlten sich von Le Pen zu sehr zur Passivität verdammt, beide traten deswegen in Opposition zum FN-Chef. Die wahrscheinliche geringe Stimmenzahl Mégrets bei der Präsidentschaftswahl gibt im Moment noch Hoffnung, dass die Träume dieser Aktivisten sich nicht so schnell erfüllen dürften.

Umtriebe auf dem rechten Flügel der Konservativen

Freilich wurden anscheinend auch für Le Pen Kontakte auf dem rechten Flügel der Konservativen geknüpft, um dort die fehlenden Unterstützer aufzutreiben. Die Boulevardzeitung *France-Soir* berichtete über ein Treffen, das am 6. März 02 in einem Pariser Restaurant stattgefunden habe zwischen FN-Vizepräsidentin Martine Lehidieux und dem früheren Polizeiminister Robert Pandraud – der Titel existierte, neben jenem des Innenministers, unter der ersten Regierung Chirac zwischen 1986 und 88. Der RPR-Rechtsaußen hatte bereits nach der Parlamentswahl im Juni 1997 an einem ähnlichen Essen mit Jean-Marie Le Pen teilgenommen, das durch eine gezielte Indiskretion des letzteren publik geworden war. Damals war es um einen Dialog zwischen der konservativen Rechten (die soeben ihre Wahlniederlage hinter sich hatte) und FN gegangen; Le Pen hat den Versuch eines Brückenschlags wohl damals durch seine Indiskretion platzen lassen.

Anscheinend Kontaktmann zur extremen Rechten im Rahmen der innerkonservativen Arbeitsteilung, wurde Pandraud einmal mehr nach vorne geschickt. FN-Vizepräsidentin Lehidieux behauptete im Nachhinein gegenüber *France-Soir*, Pandraud habe ihr eine Lösung des Unterschriftenproblems in Aussicht gestellt. Die Version des Ex-Ministers klingt anders: Demnach hat die FN-Politikerin ihm das Problem zwar dargestellt, doch er habe „nichts angeboten". Da im Jahr 1997 die Behauptungen Le Pens gegenüber der Presse über angebliche Hilfsdienste Pandrauds für den FN (und umgekehrt) sich als falsch und pure öffentliche Diskretierung herausstellten, darf man daher für den Moment annehmen, dass die Version des RPR-Politikers die zutreffendere ist.

Daneben hat Le Pen in der konservativen Tageszeitung *Le Figaro* noch freimütig erzählt, er habe im konservativen Lager auch an den ehemaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing – dieser hatte 1998 die regionalen Bündnisse von Parteifreunden mit dem FN nicht besonders klar verurteilt – sowie den Rechtskatholiken Philippe de Villiers appelliert, um entsprechende Hilfe zu bekommen. Im Falle des Grafen de Villiers ist ein Resultat dabei übrigens nicht ausgeschlossen: Als dieser am 17. Februar 02 erklärte, nicht Kandidat zur Präsidentschaftswahl zu sein, hatte er seinen Anhängern die Wahl offengelassen. Diese werden sich voraussichtlich zwischen Le Pen, dem Rechtspopulisten Charles Pasqua (im Falle von dessen Kandidatur) und dem nationalistischen Ex-Sozialdemokraten und früheren Innenminister Jean-Pierre Chevènement, der die EU-Skeptiker umwirbt, aufteilen. Doch als einzige Partei im konservativen Lager hat de Villiers „Mouvement pour la France" (MPF, Bewegung für Frankreich) seinen Mandatsträgern nicht untersagt für Le Pen zu unterschreiben. Zugleich umwarb Le Pen auch noch öffentlich den nationalpopulistischen Ex-Innenminister Charles Pasqua, der seine Kandidatur zur Präsidentschaftswahl bereits Anfang 2000 verkündet, aber am Ende nicht kandidieren konnte.

Allem Anschein nach hat Pasqua sich auch nicht wirklich angestrengt, die 500 Unterschriften zu bekommen: Seine Karriere ist gebrochen, seitdem im Jahr 2001 publik wurde, wie tief er in illegale Waffenlieferungen in afrikanische Kriege und damit zusammenhängende Korruptionsskandale verstrickt ist. Die Wahlprognosen für ihn lagen bei nur 1,5 bis maximal 3 Prozent. Im Sommer 2001 begann Pasqua, ein wenig Vorwahlkampf zu machen, aber auf kleiner Flamme (rund um das Hauptthema „Wiedereinführung der Todesstrafe").

Anfang März 02 sprach Le Pen deshalb immer öfter von den „gemeinsamen Programmpunkten“ und „gemeinsamen Ideen“, die er mit Pasqua teile. *Le Monde* (8. März) mutmaßt, Le Pen arbeite auf einen Rückzug der Kandidatur Pasquas zu seinen Gunsten hin. Dieser erteilte jedoch keinerlei Wahlempfehlung, für niemanden. Unterdessen bereitet er sich darauf vor, zu den Parlamentswahlen im Juni auf dem rechten Flügel der Konservativen präsent zu sein.

Le Pen und die Konservativen

Grundsätzlich kann von einer gesteigerten Bündnisfähigkeit des FN-Chefs gegenüber der konservativen Rechten, vergleicht man sein polterndes Auftreten in den vergangenen Jahren (im Vergleich mit der explizit „ausgestreckten“ Hand Mégrets), auch heute nicht die Rede sein. Am 27. Februar 02 durfte Le Pen einen Gastbeitrag in den Spalten der konservativen Tageszeitung *Le Figaro* verfassen, schon den zweiten in der diesjährigen Vorwahlzeit. (Am 14. Januar 02 hatte Jean-Marie Le Pen sich am selben Ort über die Afrikapolitik ausgebreitet, und sich als großer Freund der Afrikaner zu profilieren versucht, der auch „als erster französischer Politiker“ für die Schuldenstreichung der ärmsten Länder eintrete. Die Sache hat nur einen Haken: Die Ausführungen des FN-Politikers stehen im Kontext einer Vision, in deren Zentrum die „Rückführung“ der Immigranten aus Frankreich steht, welche ja auch im Interesse ihrer Herkunftsländer liege....)

Am 27. Februar nun darf Le Pen „Den Burgfrieden der Patrioten“ – so lautet die Überschrift – predigen. Konkret malt er die Vision eines „Wahlabkommens zur Rettung Frankreichs“ aus, und schlägt als (allseits beliebte) Themen die Innere Sicherheit sowie Steuersenkungen vor. Allein, der bürgerliche Politiker, der sich auf dieses Angebot einließe, müsste sich sehr weitgehend selbst verleugnen. So heißt es in dem ansonsten sehr ideologischen Text explizit: „Von der Konvertierung zum EU-Föderalismus bis zur Unterwerfung Frankreichs unter die NATO“ – der bürgerliche Präsident Chirac hatte das Land ab 1995 in die NATO reintegriert –, „die Rechte und die Linke stehen am Ursprung des Verlustes unserer Unabhängigkeit und unserer Unterwerfung unter amerikanische Hoheit.“ Und am Ende wird der potenziell Angesprochene aufgefordert: „Ohne uns (den FN) wird von nun an nichts möglich sein. Ehrliche Patrioten, tut den Schritt! Brecht die Bande Eurer Gefangenschaft, um endlich wirksam an der Wiedergeburt Frankreichs zu arbeiten.“ Nicht sehr verlockend als Gesprächsangebot an andere Parteien, als das es vielleicht gedacht war.

Bernhard Schmid, Paris ■

Naziopfer empört über Aktivitäten der Neonazis in der Stadt der Karfreitagmorde

Dortmund. Das Internationale Rombergparkkomitee, dem Mitglieder aus allen Nationen angehören, aus denen Opfer bei den Dortmunder Karfreitagmorden 1945 zu beklagen waren, tagte am Donnerstag vor Ostern in der Steinwache. Am Karfreitag nahmen die in- und ausländischen Gäste an der Gedenkveranstaltung in der Bittermark teil.

Sehr betroffen nahmen die Mitglieder des Komitees, darunter Überlebende des Holocaust, einen Bericht von Ulla Richter (VVN-BdA) und Michael Hermes (Die Falken) vom Bündnis Dortmund gegen rechts über die Auseinandersetzungen um den Neonazismus in Dortmund entgegen. Vor allem die Vorgänge, wie sie in dem Leserbrief (siehe unten) geschildert werden, empörten die Komiteemitglieder und Gäste. Sie beschlossen nachfolgende Erklärung den Bundes- und Landespolitikern zu übergeben.

„Die Nazis brauchen es nur „Geburtstagsfeier“ statt Versammlung zu nennen, schon geht die Sache für den Polizeipräsidenten und den Regierungspräsidenten in Ordnung.

Die Nazis treffen sich nicht als verbotene „ANS“ oder „FAP“, sondern als „freie Nationalisten“ und „Kameradschaften“ – oder einfach als Freunde der „Volx“-Musik – und schon werden sie von der Polizei beschützt, während ansonsten protestierende Demokraten und Antifaschisten eingekesselt und eingesperrt werden. Viele von uns sind fassungslos, was das Treiben der Sicherheitsbehörden, der Polizei und Justiz in Dortmund anbelangt. Manche sind mutlos geworden, fassen sich an den Kopf und resignieren: Zu diesem Polizeipräsidenten fällt ihnen nichts mehr ein.

Doch Schweigen macht alles noch schlimmer. Und Schweigen erleben wir seitens der Vorgesetzten des Regierungs- und Polizeipräsidenten. Der Landesinnenminister schweigt. Der Ministerpräsident auch. Die Bundespolitiker sowieso.

Was machen eigentlich die Dortmunder Landes- und Bundestagsabgeordneten? Während sich Ulla Jelpke (PDS) und Annelie Buntenbach (Grüne) als NRW-Politikerinnen mutig gegen die Nazis und den Polizeipräsidenten engagierten, gingen die Dortmunder Landes- und Bundespolitiker auf Tauchstation.

Wie lange noch? Wann tauchen sie wieder auf? Wir verlangen von ihnen: Setzen sie sich ein für die Aufklärung des Polizeiskandals vom 16. März in Dortmund. Lassen Sie keine weiteren Neonaziaufmärsche, auch keine Feier oder Festumzug der „Borussenfront“, zu. Setzen Sie sich für den Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein. Zwingen sie den Innenminister zu handeln – gegen die Nazis und gegen einen Staatsschutz und seine Chefs, die Nazis schützen.“

Ulrich Sander ■

Dortmund auf dem Weg zur „national befreiten Zone“? Stoppt die Neonazis in Dortmund

Samstag, 16. März 2002

In Dortmund findet ein Nazi-Konzert mit mehreren militanten, antisemitischen und rassistischen Bands statt. Der Staatsschutz kennt die Bands, die Polizeibehörde ist informiert. Die Polizei schreitet nicht ein, denn sie befürchtet Krawalle.

Samstag, 16. Dezember 2000

In Dortmund fand in der Gutenbergstraße eine friedliche antifaschistische Demonstration statt. Die Polizei setzte alle Anwesenden in einem Kessel fest und nahm sie anschließend in Unterbindungsgewahrsam, denn sie befürchtete Krawalle.

Verkehrte Welt!

T. J., Dortmund (Leserbrief in Westf. Rundsch. 23.3.02)



Website der Band „Intimidation one“, die in Dortmund spielte

Deutsch-tschechische Beziehungen stabilisieren –
das Münchner Diktat von 1938 komplett annullieren

Der folgende Text (aus Platzgründen etwas gekürzt) erschien in einem Sonderdruck der Deutsch-Tschechischen Nachrichten. Ihm liegt ein Referat zugrunde, das auf einer Veranstaltung der offenen Liste der PDS für die Münchner Kommunalwahl am 22. Februar 2002 vorgetragen wurde.

Am 20. Februar war Außenminister Fischer in Prag. Neben Gesprächen über die EU-Osterweiterung hatte er die Aufgabe, „Irritationen“ im deutsch-tschechischen Verhältnis auszuräumen und den für Ende März geplanten Besuch von Bundeskanzler Schröder „aufs Gleis zu setzen“ (Botschafter Libal). Schröder werde nur nach Prag fahren, hieß es, wenn Fischer mit befriedigenden Ergebnissen heimkehren würde. Der Anlass des Streits: Nach einer langen Serie heftiger politischer Angriffe gegen die Tschechische Republik, die schließlich mit Haiders Temelín-Volksbegehren ihren Höhepunkt erreichte, hatte der tschechische Premierminister Miloš Zeman dem Wiener Magazin „profil“ ein Interview gegeben, das auf deutscher Seite als Ausdruck eines Kollektivschuldvorwurfs an die Sudetendeutschen interpretiert wurde. Die Wellen der Empörung gingen vor allem von der Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) aus, die bekanntlich hier in München sitzt und von der CSU gestellt wird. Der SL-Vorsitzende Bernd Posselt, der gleichzeitig CSU-Europaabgeordneter und Vorsitzender der deutschen Sektion der Paneuropa-Union ist, sprach von „plumper Geschichtsfälschung“ und „blankem Rassismus“, SL-Sprecher Johann Böhm, gleichzeitig bayerischer Landtagspräsident, fand die Äußerungen Zemans „beleidigend“. Edmund Stoiber forderte von Schröder eine Intervention in Prag, und schließlich erwirkte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch noch eine Fragestunde und eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema im Bundestag und kochte das Thema dort weiter hoch. Nach Fischers Rückkehr wurde der Streit für beendet erklärt, eine Woche später sagte Schröder seinen Besuch trotzdem ab.

Nun könnte man die ganze Sache so betrachten, dass Zeman, der nicht gerade als großer Außenpolitiker mit diplomatischem Fingerspitzengefühl bekannt ist, angesichts der ständigen Angriffe der Gaul durchgegangen ist und dass man die Sache nicht so hoch hängen sollte. Damit würde man aber unter den Tisch kehren, dass den Unstimmigkeiten ein echtes Problem zugrunde liegt, allerdings eins, das nicht auf tschechischer, sondern auf deutscher Seite liegt. Und dass dieses Problem, solange man es nicht ans Tageslicht holt und ausräumt, immer wieder zu Abstürzen in den deutsch-tschechischen Beziehungen führen wird. Worin besteht dieses Problem?

- Es gibt über entscheidende Fragen der Vergangenheit unterschiedliche Rechtsauffassungen in der Tschechischen Republik und in Deutschland.
- Die deutsche Seite verlangt von der tschechischen, unter Berufung auf die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997, über Fragen der Vergangenheit zu schweigen und ihre Rechtsauffassung nicht offensiv zu vertreten.
- Während die Bundesregierung auf die Deutsch-Tschechische Erklärung pocht, in der es heißt, man solle die Fragen der Vergangenheit den Historikern überlassen und nicht die aktuelle Politik damit belasten, verficht die bayerische Regierung mit der SL im Rücken die in Deutschland vorherrschende Rechtsauffassung sehr offensiv, stellt sie als einzig mögliche und moralisch akzeptable hin und konfrontiert auf ihrer Grundlage Tschechien laufend mit unerfüllbaren Forderungen.

Es besteht also eine Situation, in der beide Seiten nicht gleichberechtigt agieren können: Wenn die tschechische Seite Auffassungen artikuliert, die der deutschen Seite nicht genehm sind, wird moralischer und politischer Druck ausgeübt, es werden Entschuldigungen gefordert. Der Gedanke, dass die tschechische Position eine legitime Grundlage haben könnte, wird gar nicht zugelassen. Verschärft wird diese Situation durch die Tatsache, dass die Presse in Tschechien selbst sich zu weit überwiegendem Teil in deutschem Besitz befindet und ihr Ziel darin sieht, die Debatte im Land zugunsten der deutschen Position zu beeinflussen. In einer solchen Situation können sich gesunde nachbarschaftliche Beziehungen nicht entwickeln; es muss folglich immer wieder zu Irritationen und Konfrontationen kommen.

Voraussetzungen für stabile Beziehungen können nur geschaffen werden, wenn nicht jede eigenständige tschechische Äußerung mit einem Schwall von Empörung beantwortet, sondern mit dem Respekt auf ihren inhaltlichen Kern geprüft wird, der eigentlich selbstverständlich sein sollte.

München und die böhmische Geschichte

Es muss uns in München besonders berühren, wenn wir feststellen, dass es hierzulande an diesem Respekt gegenüber unseren tschechischen Nachbarn fehlt und dass die Hauptakteure einer derartigen Politik in unserer Stadt sitzen.

Denn damit vertieft sich der dunkle Klang, den der Name unserer Stadt für viele Menschen in unseren östlichen Nachbarländern hat, ganz besonders in Tschechien. „München“ ist dort ein Synonym für das verhängnisvolle „Münchner Abkommen“ vom 29. September 1938.

Dieses sogenannte Abkommen – die Tschechen nennen es richtiger „Diktat“ –, mit dem unter dem Vorwand des Schutzes der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei und unter offener Gewaltandrohung Teile der Tschechoslowakei von Hitler-Deutschland annektiert wurden, ist ein schreckliches Beispiel dafür, wohin mangelnder Respekt vor den Rechten anderer Staaten in letzter Konsequenz führen kann: Mit ihm wurde die Schwelle zum zweiten Weltkrieg überschritten.

Vorgänge wie das Münchner Diktat als Ouvertüre zur sechsjährigen Besatzung durch die Nazis sind in der Geschichte eines Landes herausragende Ereignisse, die sich dem kollektiven Gedächtnis lange und tief einprägen. In der Geschichte Böhmens und Mährens gibt es vielleicht nur ein Ereignis von ähnlicher Bedeutung: die Schlacht am Weißen Berge, in der 1620, zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, die hussitischen Böhmen von den Heeren der Katholischen Liga besiegt wurden. Mit dieser Schlacht begann die 300-jährige Unterwerfung des Königreichs Böhmen unter die Herrschaft der Habsburger.

Auch die Schlacht am Weißen Berge ist historisch mit München verbunden. Denn der militärische Anführer der Katholischen Liga war Kurfürst Maximilian I von Bayern. Der ließ den Jahrestag seines großen Sieges immer mit einer großen Dankprozession feiern. Besonders prunkvoll fiel diese im Jahre 1638 aus, als im Mittelpunkt der Feierlichkeiten die Einweihung der Mariensäule vor dem Münchner Rathaus stand. Die starke Betonung des Marienkults, dem auch die Frauenkirche geweiht wurde, diente nämlich zur Demonstration des Triumphes katholischer Rechtgläubigkeit über das hussitische Ketzertum. Dieses ist dargestellt als eine der vier „Plagen“ der damaligen Zeit (die anderen sind Hunger, Krieg und Pest), die von den bronzenen Putti auf dem Sockel der Mariensäule bekämpft werden.



Nur die Ostmark fehlt ... Das Foto stammt aus der Sudetendeutschen Zeitung vom 15. 2. 2002. Nur sehr notdürftig kaschiert die Inschrift des „Gedenksteins", welche territorialen Vorstellungen seine Initiatoren damit verbinden.

DOD 44. Jahrgang Nr. 11
15. März 2002

Deutscher Ostdienst

Informationsdienst des Bundes der Vertriebenen — Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände

Der böse Geist von Benesch wirkt fort

Feierstunde in Hessen zum Gedenken an die sudetendeutschen Opfer vom 4. März 1919

Zwei Rechtsauffassungen

Nach tschechischer Auffassung wurde die Tschechoslowakische Republik 1918 völlig zu Recht in den historischen Grenzen des Königreichs Böhmen (das bis 1918 in Personalunion vom Österreichischen Kaiser regiert wurde) plus der Slowakei (die vorher zu Ungarn gehört hatte) gegründet. Sudetendeutsche beklagen häufig, dass schon die Namensgebung des neuen Staates ihre Ausgrenzung und Diskriminierung beweisen würde. Sie ignorieren dabei, dass das tschechische Wort Cechy nicht eine ethnische, sondern eine territoriale Bezeichnung ist: es heißt einfach „Böhmen" und umfassst alle Einwohner Böhmens, unabhängig davon, ob sie slawischen, germanischen, jüdischen oder sonstigen Ursprungs sind.

Selbstverständlich hatten nach tschechischer Auffassung alle Staatsbürger der Tschechoslowakei, unabhängig von ihrer Nationalität, in der Zeit der Bedrohung durch Nazi-Deutschland die Pflicht zur Loyalität. Wer in den letzten Jahren die Bundestagsdebatten zum deutschen Staatsbürgerrecht verfolgt hat, konnte feststellen, dass Loyalität auch in Deutschland verlangt wird, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute. Gerade Vertreter der CDU/CSU bestehen am heftigsten darauf, dass die deutsche Staatsbürgerschaft die Zugehörigkeit zu einer „Schicksalsgemeinschaft" bedeute, für die man im Konfliktfall mit Hab und Gut, gelegentlich sogar mit Gesundheit und Leben einzustehen habe. Ich teile diese Haltung der CDU/CSU zum deutschen Staatsbürgerrecht nicht, aber ich finde es doch merkwürdig, dass aus derselben Ecke Vorwürfe wie „beleidigend", „rassistisch" oder Ähnliches erhoben werden, wenn jemand feststellt, dass diejenigen, die die faschistische Politik des „Heim ins Reich!" guthießen und förderten, Landesverrat begingen.

Diese Merkwürdigkeit hat nun ihrerseits mit der in Deutschland vorherrschenden Rechtsauffassung zu tun. Danach war nämlich das Streben der (überwältigenden Mehrheit der) Sudetendeutschen „heim ins Reich" völlig legitim. Vertreter der SL erklären immer wieder, dass schon die Gründung der CSR 1918 in den damaligen Grenzen ein Unrecht gewesen sei und dass die Deutschböhmen (die sich später Sudetendeutsche nannten) in diesen neuen Staat mit Waffengewalt und unter Verletzung ihres Selbstbestimmungsrechtes gezwungen worden seien. Das Münchner Abkommen sei daher nicht Unrecht, sondern im Gegenteil Behebung früheren Unrechts gewesen, und selbstverständlich sei es das gute Recht der Sudetendeutschen gewesen, sich dafür einzusetzen. Dass die Ausübung ihres so verstandenen „Selbstbestimmungsrechtes" die Unterjochung der tschechischen Nation erleichterte und im Falle eines deutschen Sieges sogar die Verwirklichung von Hitlers Plänen zu deren Vernichtung bedeutet hätte, kümmert sie dabei nicht.

Wenn aber das Münchner Abkommen rechtens zustande gekommen ist, so die Logik, können die, die danach verlangt und seine Herbeiführung gefördert haben, nicht schuldig sein. Die Folgerung der SL: Kollektive Unschuld!

Das Münchner Diktat

Dreh- und Angelpunkt dieser Argumentation ist also der deutsche Anspruch auf das tschechische Grenzgebiet, der sich im „Münchner Abkommen" durchsetzte. Dieses wurde in der Nacht des 29. September 1938 im Führerhauptquartier am Königsplatz (der heutigen Musikhochschule an der Arcisstraße) von Hitler und Mussolini sowie den Regierungschefs von Großbritannien und Frankreich unterzeichnet und bestimmte, dass die Tschechoslowakei innerhalb von zehn Tagen ihre Grenzgebiete zu räumen und an das Deutsche Reich abzutreten hatte. Die Tschechoslowakei verlor damit 20 Prozent ihres Territoriums, 25 Prozent ihrer Bevölkerung, 70 Prozent ihrer Schwerindustrie und ihre gesamten westlichen Verteidigungsanlagen ganz abgesehen von den verhängnisvollen Folgen für die tschechischen Bewohner der Grenzgebiete und für die dort lebenden Juden und Antifaschisten. An den „Verhandlungen" über das sog. Abkommen durfte ein Vertreter der Tschechoslowakei nicht teilnehmen, er musste draußen warten, bis das Schicksal seines Landes besiegelt war. Dann wurde ihm die bevorstehende Amputation der wirtschaftlich und strategisch unentbehrlichen Gebiete mitgeteilt.

Man kann also feststellen:

- Das Münchner Abkommen wurde von den Unterzeichnermächten beschlossen, ohne dass das betroffene Land beteiligt war.
- Das Münchner Abkommen wurde unter unmittelbarer Androhung von Gewalt aufgezwungen.
- Das Münchner Abkommen wurde nie vom tschechoslowakischen Parlament ratifiziert; ohne dessen Zustimmung aber konnte es keine Gültigkeit erlangen.

Es gibt also genügend juristische und erst recht politische Gründe, um es für nicht rechtmäßig zustande gekommen und somit null und nichtig von Anfang an zu erklären. Dies aber hat – im Gegensatz zu den anderen Beteiligten – noch keine bundesdeutsche Regierung getan. Wie alle ihre Vorgängerinnen hält auch die jetzige rot-grüne Regierung an der Auffassung fest, dass das Abkommen zunächst in Kraft getreten sei und seine Gültigkeit erst im März 1939 verloren habe, als Hitler die sog. „Resttschechei" besetzen ließ und damit das Abkommen brach.

In allen Verhandlungen über Verträge und Vereinbarungen, die in den letzten Jahren zwischen Deutschland und der Tschechoslowakischen bzw. (ab 1993) der Tschechischen Republik abgeschlossen wurden, hielt die Bundesregierung an dieser Position fest. So versuchte z.B. die tschechoslowakische Regierung in den Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag von 1992 vergeblich, eine Formulierung durchzusetzen, die „die Kontinuität der gemeinsamen Grenze seit 1918 bestätigen sollte". „Da eine solche Formulierung die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen impliziert hätte", heißt es in einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes dazu, „hat die Bundesregierung sie unter Hinweis auf die deutsche Rechtsposition zum Münchner Abkommen als nicht akzeptabel zurückgewiesen." (Bundestagsdrucksache 12/ 2468). Gerechtfertigt wird dies mit juristischen Problemen, die im Falle einer Annullierung von Anfang an („ex tunc") auftreten würden. „Einen Rattenschwanz von rechtlichen Fragen" sah z.B. in der Aktuellen Stunde am 23. Januar dieses Jahres der FDP-Abgeordnete Ulrich Irmer durch die förmliche Aufhebung des Münchner Abkommens ex tunc auf die Bundesregierung zukommen. „Mit guten Gründen", so Irmer, „haben sich alle Bundesregierungen dagegen zur Wehr gesetzt, weil nämlich die Folgen, auch die rechtlichen Folgen für einzelne Per-

sonen, unabsehbar wären.“ Nun kann doch wohl eine Regelung für rechtliche Probleme wie z.B. die Anerkennung von Ehen, die damals vor deutschen Besatzungsbehörden geschlossen wurden, bei etwas gutem Willen nicht so schwer zu finden sein. Eins aber würde man bei einer Annullierung des Münchner Abkommens von Anfang an auf jeden Fall anerkennen müssen: die Legitimität der historischen Grenzen der CSR, die Gültigkeit tschechoslowakischen Rechtes im gesamten Staatsgebiet der Tschechoslowakei einschließlich der Grenzgebiete und das heißt auch die Strafbarkeit von Akten der Kollaboration als Landesverrat.

Man könnte ...

Man könnte die geschilderten historischen Tatsachen in aller Sachlichkeit feststellen und die Ungültigkeit des Münchner Diktats von Anfang an akzeptieren. Man könnte anerkennen, dass eine große Mehrheit der ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität gegen tschechoslowakisches Recht verstoßen und an der Zerschlagung der Tschechoslowakei mitgewirkt hat. Man könnte sich vorzustellen versuchen, welche Alternativen nach dem Krieg möglich waren: die Situation, die eingetreten wäre, wenn alle Kollaborateure nach tschechoslowakischen Gesetzen abgeurteilt (und z.B. inhaftiert) worden wären und die Situation, wenn man die Kollaboration ungestraft hingenommen hätte. Wie hätte in dem einen und in dem anderen Fall das weitere Zusammenleben aussehen können? Wäre nicht in beiden Fällen ein heißer oder kalter Bürgerkrieg unvermeidlich gewesen?

Man könnte zugeben, dass die Beneš-Dekrete einen legitimen Zweck verfolgten: zu verhindern, dass jemals wieder eine deutsche Minderheit zum Instrument aggressiver großdeutscher Außenpolitik gegen die Tschechoslowakei gemacht werden kann. Man könnte sich mit dieser verhängnisvollen außenpolitischen Tradition und den Gefahren auseinandersetzen, die sie für die Angehörigen der missbrauchten Minderheiten mit sich bringt. Man könnte schließlich einsehen, dass Tschechien auch heute keine Beschlüsse fassen kann, die die Kollaboration mit den Nazis zum Recht und die Maßnahmen zum Schutz des Landes zum Unrecht erklären.

Niemand müsste dabei leugnen, dass all dies für die Betroffenen großes Leid bedeutet hat. Aber die Empörung der SL-Funktionäre und ihres Anhangs sowie ihre Forderungen nach Entschuldigung und Entschädigung würden nach solchen Überlegungen wohl doch nicht mehr sehr überzeugend klingen. Die Feststellung der historischen Fakten könnte dann tatsächlich, so wie es die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 vorsieht, den Historikern überlassen werden.

Für die Tschechen ist die deutsche Position wirklich bedrohlich, enthält sie doch allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz die Auffassung, dass die Grenzgebiete „eigentlich“ zu Deutschland gehören. Noch dazu erleben sie häufig, dass sich deutsche Besucher in Tschechien so aufführen, als gehöre ihnen das Land und die Tschechen hätten ihnen zu Diensten zu sein. Sie sehen sich mit Ansprüchen unabsehbaren Umfangs konfrontiert, sie sollen anerkennen, dass sie selbst Unrecht getan, „die“ Sudetendeutschen aber unschuldig sind, und sie hören Sätze wie diesen:

„Man darf nicht vergessen, dass eines der wesentlichsten Instrumente der Geopolitik die Landkarten sind; sie zeigen die Lage der Völker. Es ist zu befürchten, dass viele führende Tschechen diese noch immer nicht betrachtet haben ... Wenn man einen dauernden Frieden haben will, muss man sich den geopolitischen Realitäten anpassen. Es ist daher eine gefährliche historische Illusion, wenn tschechische Politiker auch heute noch glauben, dass sie ewig Sieger gegen das mächtige Deutschland sein werden.“ Diese Worte stammen von Otto Habsburg (Sudetendeutsche Zeitung, 31.7.1998), der in der SL bis heute als Kaiserliche Hoheit hofiert wird. Von ihm müssen sich die Tschechen auch immer wieder anhören, dass der Sturz der Habsburger und der Kampf gegen die Donaumonarchie ein „Verbrechen“ an Europa gewesen sei. Schließlich habe das Habsburgerreich, in dem bekantlich die Deutsch-Österreicher eine dominierende Stellung innehatten, ein vorzügliches Modell für das künftige Europa dargestellt.

Gleichzeitig müssen sie zusehen, wie die Tschechische Republik ökonomisch immer mehr in Abhängigkeit vom großen westlichen Nachbarn gerät (allein die VW-Tochter Škoda bestreitet 10% des Exports). Und sie stellen mit Entsetzen fest, dass mit Edmund Stoiber ein Politiker Kanzler werden will, der sich immer wieder lauthals als Schirmherr der SL und als Vorkämpfer für deren Ansprüche darstellt (der Landsmannschaft und nicht „der Sudetendeutschen“, denn der Anspruch der SL, „die Sudetendeutschen“ und sogar noch ihre Kinder und Enkel zu vertreten, ist eine unhaltbare Anmaßung: nur ein Bruchteil von ihnen rechnet sich der Landsmannschaft zu und noch weniger unterstützen deren Forderungen.)

Aber auch für die Deutschen ist die Sache bedrohlich. Denn die Frage, wie das Verhältnis zur Tschechischen Republik hierzulande definiert wird, die Frage, welche Rechtsauffassung in bezug auf das Münchner Diktat herrscht, hat Auswirkungen darauf, wie unser Staat sein Verhältnis und damit sein Verhalten gegenüber anderen Staaten definiert, was er als rechtens betrachtet und was nicht. Es hat, mit einem Wort, Auswirkungen darauf, ob und wie sehr dieser Staat andere Staaten respektiert bzw. wie rasch er bereit ist, ihnen seinen Willen gewaltsam aufzuzwingen. Wir alle wissen, dass diese Fragen in den letzten Jahren wieder sehr praktische Relevanz gewonnen haben. Ich möchte an dieser Stelle nur an das sog. Abkommen von Rambouillet erinnern, das nicht zu Unrecht häufig in einem Atemzug mit dem Münchner Abkommen genannt wird.

Linke Politik insgesamt kann sich daher mit dem jetzigen Stand der Dinge nicht zufrieden geben. Das Thema Revanchismus war schon vor 1989/90 nur scheinbar Schnee von gestern. Danach ist es ganz offensichtlich, dass dieser Schein trügt. Die Propagierung angeblich „humanitärer“ Kriege in Jugoslawien und anderswo hat den Landsmannschaften Gelegenheit gegeben, sich von ihrem Image als Sammelbecken aussterbender Ewiggestriger zu befreien und als zukunftsträchtige Menschenrechtsorganisationen darzustellen. Kühn behaupten sie, wenn die „Vertreibung“ der Deutschen 1945/46 nicht hingenommen worden (ich ergänze: sondern gleich mit Waffengewalt verhindert bzw. rückgängig gemacht worden) wäre, dann gäbe es heute keine ethnischen Säuberungen. Sie sind damit zu Propagandaorganisationen für angeblich humanitäre Kriege geworden und konnten damit auch bei solchen Bevölkerungskreisen Gehör finden, die sich früher strikt dagegen verwahrt hätten. Verstärkt drängen sie nun mit ihren gefährlichen politischen Positionen in Schulen und Hochschulen.

Es hat in München in den letzten Jahren immer wieder Aktivitäten gegen die revanchistischen Bestrebungen gegeben. Besonders der AStA der Geschwister-Scholl-Universität hat sich in dieser Hinsicht in den letzten JahrenVerdienste erworben, und jüngst hat dieses Thema auch im Programm der Offenen Liste der PDS für die Münchner Stadtratswahl relativ breiten Platz gefunden. Dort heißt es :

„Wir wollen uns dafür einsetzen, dass

- ... die revanchistischen Aktivitäten der SL nicht gefördert, sondern zurückgedrängt werden. Die völkische Propaganda der SL hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen. Der antifaschistische und antirevanchistische Widerstand der StudentInnen muss unterstützt werden.
- dass von unserer Stadt Initiativen mit dem Ziel ausgehen, die Hypothek, die seit dem verhängnisvollen Diktat von 1938 auf unserer Stadt lastet, endlich zu tilgen, d.h. das ‚Münchner Abkommen‘ völkerrechtlich verbindlich für null und nichtig von Anfang an zu erklären und gleichberechtigte Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn zu entwickeln.“

Renate Hennecke ■



Dortmund


Köln



Kassel



Berlin

ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Ostermarsch 2002

Fortsetzung von Seite 1
Gocht machte deutlich, was Krieg ist: „Krieg richtet sich immer gegen die Zivilbevölkerung. Die Perversion moderner Kriegsführung besteht darin, das Kriegsgeschehen mittels Hochpräzisionswaffen auf eine vermeintliche Materialschlacht zu reduzieren, in der zivile Opfer zu Kollateralschäden marginalisiert werden. Ist aber schon die Präzision dieser Waffen ein Mythos, so verblasst das Versprechen der „sauberen" Kriegsführung angesichts des Einsatzes von Streu- und Splitterbomben hinter den zerfetzten Opfern zur menschenverachtenden, beschwichtigenden Rhetorik."

Tobias Pflüger beschrieb in Münster, dass dortige Einheiten zu den Einsatzkräften der Bundeswehr gehören. Er sagte: „Mit diesen Einsatzkräften werden derzeit Kriege vorbereitet und geübt. Die Forderung (nach Auflösung der Bundeswehr-Einsatzkräfte) ist seit Beginn des umfassenden Terrorkriegs der USA, Großbritanniens und der anderen Alliierten wie Deutschland dringender denn je: Wer keine Truppen zur Kriegsführung hat, kann keine anbieten und kann keinen Krieg mit führen. Deshalb von hier und heute noch mal: Auflösung aller Einsatzkräfte der Bundeswehr!"

Claudia Haydt war schon vor der neuerlichen Eskalation als Rednerin in Stuttgart angefragt gewesen, um zur Situation in Israel/Palästina Stellung zu beziehen. Sie sagte: „Mir scheint es wichtig, dass all jene, die in Deutschland völlig kritiklos hinter der israelischen Regierungspolitik stehen, darüber nachdenken, ob sie so nicht deutsche Verantwortung auf dem Rücken der PalästinenserInnen „entsorgen". Kein Vergeltungsschlag macht auch nur ein Opfer von Selbstmordattentaten wieder lebendig – das Gegenteil ist der Fall – jeder Vergeltungsschlag provoziert wieder neue Attentate. Kein Selbstmordattentat trägt dazu bei, das israelische Militär zu stoppen – das Gegenteil ist der Fall! Es liefert neue Vorwände für neue Militäreinsätze." Eine ihrer Forderungen war die Einstellung der Waffenlieferungen an die israelische Regierung.

Und auf der Abschlusskundgebung beim sehr gut besuchten Ostermarsch in der nordrhein-westfälischen Hauptstadt Düsseldorf nahm Tobias Pflüger ebenfalls zum Krieg in Israel/Palästina Stellung, er sagte: „Das Existenzrecht Israels, für das wir in aller Deutlichkeit eintreten, wird dann sicher, wenn endlich die israelische Besatzungspolitik beendet wird!"

Pflüger, der auch in Düsseldorf sprach, zeigte auf, wo sich die Bundeswehr überall befindet und befand: „Bundeswehrsoldaten sind derzeit im Rahmen dieses Einsatzes in Kuwait, in Kenia, in Djibouti, am Golf von Aden, im südlichen Roten Meer, im Seegebiet entlang der Küste von Somalia, im Mittelmeer, in Usbekistan, im Oman, im Iran, in den USA mit AWACS-Flugzeugen, in der Türkei und nicht zu vergessen, mitten in Kämpfen in Afghanistan. Der Bundeswehreinsatz in Kuwait ... ist – trotz aller Leugnungen der Regierung – der Vorbote eines fest geplanten Angriffs auf den Irak. Nach Angaben von US-Experten wird ein Krieg gegen den Irak zwischen Mai und Oktober kommen. Wir sagen ganz deutlich von hier aus: Gemeinsam mit der übergroßen Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung: Wir lehnen einen Angriff auf den Irak ab! ... Es sind gemeinsame Anstrengungen notwendig von Friedensbewegung, „Globalisierungsgegner/innen" und allen, die sich gegen die konkrete Kriegsgefahr wenden. Die Ostermärsche können erst der Auftakt weiterer Protest-Aktivitäten sein, die beim Besuch von US-Präsident George W. Bush am 21./22. Mai in Berlin und im ganzen Land hoffentlich einen weiteren Höhepunkt erreichen werden.

Wir müssen der umfassenden Kriegspolitik der US-Regierung und der deutschen Regierung eine umfassende außerparlamentarische Opposition, Protest und Widerstand entgegensetzen, das wird nicht einfach, aber es ist notwendig!"

Informationsstelle Militarisierung (IMI), 1.04.2002
Informationen zu allen Ostermärschen unter:
http://www.ostermarsch.info und
http://www.friedenskooperative.de/themen/om02.htm ■

Brothers Keepers-Projekt: Konzert im Flüchtlingslager im Frankfurter Flughafen

FRANKFURT. Dieser Tage landet ein ungewöhnlicher Antrag auf den Schreibtischen des hessischen Regierungspräsidiums in Darmstadt. Denn für Samstag, den 8. Juni 02 planen Brothers Keepers ein Konzert von BANTU an einem besonderem Ort und vor speziellem Publikum. „Konzertsaal“ soll der Aufenthaltsraum des Flüchtlingslagers auf dem Frankfurter Flughafengelände sein. Spielen wollen Brothers Keepers / BANTU für Menschen, die offiziell gar nicht mitten in Deutschland leben: die Flüchtlingsunterkunft gilt juristisch als exterritoriales Gelände. Flüchtlinge, die mit dem Flugzeug in Frankfurt landen, werden hier für die Dauer eines Schnellverfahrens, manchmal aber auch über Monate hinweg festgehalten. Sie gelten als nicht eingereist, ihre weitere Zukunft ist ungewiss.

Die Gruppe BANTU ist Initiator des BK-Projektes, einem Zusammenschluss verschiedener afrodeutscher Reggae- und Rapkünstler. Das antirassistische Musikprojekt wurde gegründet, nachdem im Sommer 2000 der mosambikanische Familienvater Alberto Adriano in Dessau (Sachsen-Anhalt) von deutschen Jugendlichen wegen seiner schwarzen Hautfarbe zu Tode geprügelt wurde. Nach gemeinsamen Plattenveröffentlichungen wie u.a. „Adriano (Letzte Warnung)“, riefen sie einen gemeinnützigen Verein ins Leben, der Opfer rassistischer Gewalt direkt unterstützt. Das geplante Konzert im Flüchtlingslager sehen sie in einer Reihe mit ihrem bisherigen Engagement. Adégoke Odukoya, Mitglied von BANTU und Gründer von BK, erklärt:

„Wir wollen den Menschen im Lager zeigen, dass sie nicht alleine sind. Wir wollen ihnen mit unserer Musik Kraft geben. Sie haben ein Recht darauf, hier wie Menschen aufgenommen zu werden, denn niemand flieht freiwillig.“

Die Idee zu diesem Auftritt entstand in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis gegen Abschiebung / Rhein-Main, einem Zusammenschluss antirassistischer Gruppen, der sich seit Jahren für die Schließung des „Internierungslagers“ am Frankfurter Flughafen einsetzt. Zudem wendet sich das Aktionsbündnis gegen die jährlich über 10.000 Abschiebungen, die per Flugzeug vom „Abschiebeflughafen Rhein-Main“ abgewickelt werden. Ebenfalls für Samstag, den 7. Juni, zeitgleich zum Auftritt von BANTU, kündigt das Aktionsbündnis eine Kundgebung am Flughafen an. Wie ein Sprecher des Aktionsbündnis erklärte, soll mit der Kundgebung auch des Todes von Aamir Ageeb gedacht werden.

Ageeb, dessen Todestag sich am 28. Mai 2002 zum dritten Mal jährt, hatte sich gegen seine Abschiebung über den Frankfurter Flughafen zur Wehr gesetzt. Er wurde von den eingesetzten BGS-Beamten zu Tode gebracht. Die staatsanwaltlichen Ermittlungen führten zur Anklageerhebung gegen 3 BGS-Beamte. Der Prozess wegen Verdacht auf fahrlässige Tötung beginnt im Sommer in Frankfurt!

Main.Brothers Keepers e.V.
Postfach 300293
50772 Köln
Fax: 0221/99122129
Projektleitung: Dirk Seifert
DirkSeifert@t-online.de
Tel. 0175-5609762
In Kooperation mit: Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main c/o Dritte Welt Haus, Falkstr. 74
60487 Frankfurt
Fax: 069-78960399.
Für telefonische Nachfragen: Andreas Werther
069-4 95 06 38 ■



Unwürdiges Gezerre

PRO ASYL warnt: Bundesratsentscheidung darf nicht der Startschuss für einen fremdenfeindlichen Wahlkampf sein

Angesichts der Abstimmung des Bundesrates zum Zuwanderungsgesetz hat die Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL vor einer Stimmungsmache im Wahlkampf gewarnt. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erhielten dadurch neue Nahrung. Wer polarisiert, ist mitverantwortlich für die rassistischen Angriffe gegen Flüchtlinge und Fremde in Deutschland. PRO ASYL erinnert die verantwortlichen Politiker aller Parteien an die emotionalisierte Auseinandersetzung Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, die dazu geführt hat, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Deutschland drastisch anstiegen. Vor diesem Hintergrund hat Bundesratssitzung ein fatales Signal gesetzt.

Das umstrittene Gesetz ist in großen Teilen restriktiv gefasst. Auch weiterhin dominiert in zentralen Bereichen die Doktrin eines Ausländerrechtes als Gefahren- und Fremdenabwehrrecht. Von einer zukunftsträchtigen Reformidee von weitreichender gesellschaftlicher Bedeutung ist es zu einem halbherzigen Projekt hin degeneriert. Das politische Gezerre zeigt, dass Parteiinteressen und Wahltaktik Vorrang vor Sachfragen haben.

„Viel Schatten – wenig Licht“ so kann das Zuwanderungsgesetz insgesamt bewertet werden:

- Auf der politischen Tagesordnung steht die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Migrations- und Flüchtlingsrechtes für den Zuwanderungsraum EU. Das nationalstaatliche Vorpreschen ist problematisch.
- Die Absichtserklärung, der Mehrzahl der bisher Geduldeten zu einem sicheren Aufenthaltsstatus zu verhelfen, löst das Gesetz nicht ein. PRO ASYL befürchtet, dass ein Großteil der bislang rund 250.000 Geduldeten die hohen Hürden zur Aufenthaltsverfestigung nicht schaffen kann.
- Die Schaffung so genannter Ausreisezentren hat das System der in Deutschland bereits exzessiv genutzten Abschiebungshaft um ein weiteres Element erweitert.
- Die durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz bereits eingeführte Verschärfung der Ausweisungstatbestände führt dazu, dass Deutschland alles andere als ein weltoffenes, fremdenfreundliches Land wird.
- Auch das Zuwanderungsgesetz beendet nicht die völkerrechtswidrige Behandlung von Flüchtlingskindern in Deutschland: Die UN-Kinderrechtskonvention wird weiterhin verletzt. Ausländerrechtliche Bestimmungen gehen nach wie vor dem Kindeswohl vor.

→

Trotz einer Vielzahl gravierender Mängel enthält das Gesetz auch Verbesserungen, so zum Beispiel:

- Die Härtefallregelung: Sie ist ein Bruch mit der Rigidität der bisherigen Gesetzgebung, die die Lösung humanitärer Härtefälle kaum zuließ.
- Die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention: Damit wird Deutschlands isolierte Auslegungspraxis beseitigt und ein wichtiger Schritt zu einer völkerrechtskonformen Auslegung der Genfer Konvention gegangen.

PRO ASYL ■

25. BUKO-Bundeskongress

Frankfurt/Main, 9.-12. Mai 2002

Eingeladen sind die über 150 Mitgliedsgruppen und besonders alle interessierten Gruppen, Organisationen, Einzelpersonen, die sich gemeinsam über Themen internationalistischer Solidarität auseinandersetzen und über die eigene Praxis austauschen wollen.

Der Titel des Kongresses weist auf politische Zäsuren hin, die insbesondere für internationalistische Arbeit und entwicklungspolitisches Engagement neuen Diskussionsbedarf eröffnen, aber auch Handlungsoptionen erschließen. Der Kongress möchte ein Forum sein für Gruppen mit unterschiedlichen Ansätzen, Arbeitsformen und Erfahrungen, die sich alle in dem gemeinsamen Ziel wiederfinden, diese Welt radikal verändern zu wollen. Zusammen mit antirassistischen, linksradikalen, feministischen, antimilitaristischen und Flüchtlingsgruppen, mit Jugend-, Bildungs- und entwicklungspolitischen Organisationen wollen wir ins Gespräch kommen, diskutieren und streiten, essen und trinken, tanzen und neugierig sein, lernen und Kontakte knüpfen.

In 5 Podiumsveranstaltungen wollen wir uns von verschiedenen Seiten dem gewaltförmigen Wesen kapitalistischer Globalisierung nähern. Die Titel der Podien: Globalisierung/Imperialismus/Krieg; Straßenprotest und Netzguerilla; Nahostkonflikt und Solidaritätsbewegung; Organisation und Organisierung; Internationalismus in der „Neuen Weltordnung".

Daneben gibt es zahlreiche Arbeitsforen, die von vielen verschiedenen Gruppen angeboten und vorbereitet werden. Informiert Euch auf der homepage der BUKO (www.buko.info), fordert den Kongress-Flyer oder die Kongress-Zeitung an.

Kongressbüro Frankfurt/Main:
Andreas van Baaijen, Obermainanlage 7,
60314 Frankfurt/M (medico)
Tel. 069-94438-24
BUKO - Bundeskoordination Internationalismus, Nernstweg 32-34 22765 Hamburg
Tel.: 040-393156 FAX 280 55 120
www.buko.info ■

Hamburger Schwarz-Schill-Senat:

„... alles zu viel Resozialisierung"



„Haft darf kein Luxus-Urlaub sein" – mit erbärmlichen Maßnahmen setzt der CDU-Justizsenator Kusch seine demagogische Stammtischparole um.

Jüngst strich er die Mittel für das Theaterprojekt im Gefängnis Fuhlsbüttel. Für die am Projekt beteiligten Gefangenen bedeutete das Projekt die Möglichkeit, dem grauen, Leben abtötenden Gefängnisalltag wenigstens für eine kurze Zeit zu entrinnen, Fähigkeiten zu erproben und zu entwickeln, derer sie sich vorher vielleicht nicht einmal bewusst waren. Im letzten Jahr hatten 15 Gefangene vor 2500 Zuschauern mit ziemlich viel Erfolg das Theaterstück „Die Kannibalen" aufgeführt. Für den Justizsenator war das nicht einmal eine genauere Prüfung wert. „... es gab andere Dinge, die mir mehr unter den Nägeln brannten", zitiert ihn das Abendblatt (26.3.).

Die Schill-Partei geht derweil auf die forensische Psychiatrie im Klinikum Nord los. Der „Gesundheitsexperte" der Partei, Wolfgang Barth-Völkel, fordert, dass die Abteilung für forensische Psychiatrie „der Aufsicht des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) entzogen und der Justizbehörde unterstellt werden" (Welt, 17.3.) soll. Angeblich stellt das Haus 18 auf dem Gelände des Klinikums Nord ein „Sicherheitsrisiko" dar. Die in der Welt bzw. Welt am Sonntag zitierten Äußerungen des „Experten" enthüllen allerdings weniger Fachkenntnisse als vielmehr düsterste Vorurteile und Menschenverachtung. So verstieg sich Barthel zu der Behauptung: „Zwölf Prozent der Patienten gelten als nicht therapierbar und stecken die anderen immer wieder an (!)". Als „tickende Zeitbombe" sieht er Haus 18 vor allem wegen der „Luxuseinrichtungen": So sei vor einigen Wochen ein „Liebeszimmer" mit Doppelbett, Fernseher und Musikanlagen eingerichtet worden, das Gefangene für sich und ihre Freundin für einige Stunden mieten könnten. Und: „Es gibt eine Theatergruppe, die sich sogar einen eigenen Intendanten leistet. Das ist für mich alles zu viel Resozialisierung." (Welt, 17.3.)

In seinem Eifer stellt Barth-Völkel Tatsachen, die er als „Gesundheitsexperte" kennen muss, auf den Kopf. Die Aufsicht über den im Klinikum Nord vollstreckten Maßregelvollzug obliegt nicht dem LBK, sondern der Gesundheitsbehörde unter Leitung von Gesundheitssenator Peter Rehaag (Schill-Partei). Der LBK führt den Maßregelvollzug im Auftrag der Stadt durch. Der Vollzug wird durch das Maßregelvollzugsgesetz geregelt, das ausdrücklich vorschreibt, dass der Sinn des Vollzugs die Therapie, nicht die Strafe und nicht die Sühne ist und dass eine Pflicht zur Therapie besteht. Für die Patienten der forensischen Psychiatrie, ganz überwiegend schizophrene und andere psychisch kranke sowie suchtkranke Menschen, werden langfristige therapeutische Konzepte entwickelt, die entsprechende Vollzugslockerungen, vom Gesetz ausdrücklich beabsichtigt, einschließen – im Großen und Ganzen mit viel Erfolg. Mit dem Gesetz wird ein „Restrisiko" der Folgen nicht zutreffender Prognosen in Kauf genommen. Das ist der Sachstand.

LBK-Chef Lohmann sieht ein Hauptproblem der forensischen Psychiatrie im Klinikum Nord darin, dass „immer mehr schwer persönlichkeitsgestörte Menschen in den Maßregelvollzug (kommen). Diese Gruppe ist nach derzeitigen Erkenntnissen der Psychiatrie immer öfter nicht therapierbar." (Welt, 23.7.2001) Das sei an dieser Stelle dahingestellt. Ein Skandal jedoch ist, dass Haus 18, für 60 Patienten konzipiert, seit Jahren überbelegt ist – derzeit sind 84 psychisch kranke Straftäter per Gerichtsbeschluss eingewiesen –, und dass beim Pflegepersonal ebenfalls seit langem eine z.T. extreme Unterdeckung besteht. Oft kann nicht einmal die Mindestbesetzung auf den Stationen eingehalten werden. Ein Erweiterungsbau wird zwar im April in Betrieb genommen, und damit steigt die Zahl der Behandlungsplätze von 125. Doch offensichtlich soll nicht entsprechend mehr Pflegepersonal eingestellt, die Unterdeckung an qualifiziertem Personal also eher noch verschärft werden.

So wird unter der Hand der Zweck des Maßregelvollzugs, die Therapie, ausgehöhlt und Therapie durch bloße Verwahrung ersetzt. Insofern ist die Forderung des Herrn Barth-Völkel, das Haus durch einen Gefängnisleiter leiten zu lassen und die Pflegefachkräfte durch Gefängniswärter mit „Sonderausbildung" zu ersetzen, irgendwie ganz folgerichtig. Tatsächlich jedoch zerstört der Vorstoß der Schill-Partei den fragilen gesellschaftlichen Konsens, dass Kranken, auch wenn sie straffällig wurden, zu helfen ist, eine Zerstörung, für die letztlich die Gesellschaft einen hohen Preis zahlen wird.

scc ■

Generäle können keine Antisemiten sein!

Guido Knopp schreibt über „Hitlers Krieger“

Für Knopp und seine jeweiligen Co-Autoren scheint es unvorstellbar, dass deutsche Offiziere der nationalsozialistischen Ideologie anhingen oder gar Antisemiten waren. Ursachen des Mitwirkens der Militärs werden auf deren Persönlichkeit oder auf ihr Interesse an einer Remilitarisierung reduziert. Da ist die Rede von brennendem Ehrgeiz und einem falsch verstandenen Pflichtbewusstsein (Manstein, Keitel, Rommel). Die Offiziere seien Hitlers quasi dämonischer Ausstrahlung erlegen (Rommel, Keitel), wozu ihre politische Unbedarftheit, ja Naivität beigetragen habe (Rommel, Keitel, Manstein, Paulus).

Die methodische Problematik sei hier kurz an dem Kapitel über den „Wüstenfuchs“ Erwin Rommel geschildert. Der sei „unpolitisch“ gewesen und habe dem „Führer“ geglaubt, es ginge ihm nur um das Beste für Deutschland. Aber wenn dem so war, spräche das doch dafür, dass Rommel den deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg, die Vernichtung der europäischen Juden als im deutschen Interesse liegend begrüßt haben muss.

Dass Rommel politische Gründe für sein Einverständnis mit Hitler gehabt haben könnte, dass er die wesentlichen Ziele des deutschen Faschismus teilte, ist Knopp und Co-Autor Rudolf Gültner dermaßen abwegig, dass sie darüber gar nicht erst diskutieren. Was dachten die Offiziere denn über den Antisemitismus, über das faschistische Herrschaftssystem, über die Ausschaltung der Arbeiterbewegung, um nur einige Beispiele anzuführen? Dieser für die Ursachenforschung, warum die Militärs sich der faschistischen Eroberungspolitik zur Verfügung stellten, wichtige Fragenkomplex kommt viel zu kurz. Dennoch erfahren die LeserInnen eine Menge über sechs hohe Offiziere aus dem Wehrmachtsapparat. Neben Rommel sind dies Keitel, Manstein, Paulus, Udet und Canaris.

Bei Wilhelm Keitel lassen Knopp und Co-Autor Christian Deick den „Befehlsnotstand“ nicht gelten. Zu gewaltig ist der Anteil des ranghöchsten Wehrmachtsoffiziers an den NS-Verbrechen: Der Kommissarbefehl, die Anweisung für jeden getöteten deutschen Soldaten 50 bis 100 Geiseln zu erschießen oder der Massenmord an Millionen Kriegsgefangenen aus der UdSSR, weil es um die „Vernichtung einer Weltanschauung“ gehe. Lakeitel – so wurde der Oberbefehlshaber des OKW aufgrund seiner devoten Haltung Hitler gegenüber genannt – begrüßte ausdrücklich die Machtübernahme der NSDAP, weil sie das Ende der parlamentarischen Demokratie und die Sprengung der „Fesseln von Versailles“ bringen würde. Die besetzten Gebiete befahl er von „Juden, Polacken und Gesindel“ zu säubern. Feldmarschall Erich von Mansteins Kritik am Nationalsozialismus ging nie über den Abstand eines preußisch-aristokratischen Militärs zum „Pöbel der NSDAP“ hinaus. Auch der drohende Untergang seines „Vaterlands“ konnte Manstein nicht dazu bringen, gegen Hitler vorzugehen, denn: „Preußische Feldmarschälle meutern nicht!“ Manstein war einer der wichtigsten Kommandeure, aber aufgrund häufiger militärisch-taktischer Differenzen löste Hitler ihn am 31.3.1944 ab. Nach dem Krieg und seiner vorzeitigen Haftentlassung 1953 (er war zu 18 Jahren verurteilt worden) diente Manstein dem Bundestag als Gutachter zum Thema Einführung der Bundeswehr.

Friedrich Paulus ist vorwiegend deswegen so „berühmt“, weil er der Feldherr in Stalingrad war, sich entgegen Befehl gefangen nehmen ließ und in der Kriegsgefangenschaft zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) übertrat. Später sprach Paulus sich gegen die Westintegration Adenauer-Deutschlands aus. Knopp und Mitautor Henry Köhler können sich das nicht anders erklären als mit „zehnjähriger einseitiger Information und Abwesenheit aus Deutschland“.

Ernst Udet, hoch dekorierter Kampfflieger des 1. Weltkriegs, passt nicht so richtig in die Reihe der in diesem Buch vorgestellten Offiziere, starb er doch bereits 1941, als der Großteil des Krieges noch bevorstand, und war er auch kein klassischer Soldat. So ist in diesem Kapitel viel von dem Leben eines Bonvivant die Rede, von Alkohol- und Medikamentenexzessen oder von Intrigen im Reichsluftfahrtministerium.

Der Chef der militärischen Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris, wurde noch am 9.4.1945 hingerichtet. Er gehörte dem militärischen Widerstand gegen Hitler an. Diese Entwicklung Canaris’ muss verblüffen, war er doch ein typisch reaktionärer Offizier. Nach 1918 hielt er als Adjutant Noskes Kontakte zu den Freikorps, und dem Nationalsozialismus stand er wohlwollend gegenüber: „Der Offizier hat den Nationalsozialismus vorzuleben“, eine „unpolitische Haltung im nationalsozialistischen Staate (ist) eine Sabotage und ein Verbrechen“. Ab 1937 begann er sich vom Regime zu lösen. Dazu führten die Entlassung des Oberbefehlshabers des Heeres, Fritsch, und des Reichskriegsministers Blomberg sowie seine kritische Haltung zum Kriegskurs der Regierung, den er für „selbstmörderisch“ hielt.

Guido Knopp ist durch seine Geschichtssendungen im ZDF einer der bekanntesten Popularisierer historischer Forschung. Seine Beiträge sind Indikatoren aktueller Trends der öffentlichen Vergangenheitsbetrachtung — auch das macht „Hitlers Krieger“ interessant. *F* ■

Guido Knopp: Hitlers Krieger, München 2000, S. 445, 9,50 EUR.

Dubiose „Patenschaft"

FRANKFURT. Am 17.2. hatten rund 40 Leute auf Initiative des Arbeitskreises gegen Revanchismus und Kriegstreiberei gegen ein Benefiz-Konzert zu Gunsten des von der CDU-Rechtsaußen Erika Steinbach und dem „Bund der Vertriebenen" geplanten „Zentrums gegen Vertreibung" vor der Paulskirche protestiert. Der PDS-Stadtverordnete Halberstadt (PDS) warf daraufhin im Römer die Frage auf, „mit welcher Legitimität" die Stadt dem „Zentrum" beigetreten sei und „weshalb dieser Vorgang nicht zuvor der Stadtverordnetenversammlung zugeführt wurde". Für den Magistrat antwortete Franz Frey (SPD) wie folgt: „Frau Oberbürgermeisterin Roth hat dem Zentrum gegen Vertreibung im Juni 2001 zugesagt, dass die Stadt Frankfurt am Main eine Patenschaft für das Zentrum der Vertreibung übernimmt. Der entsprechend der Einwohnerzahl einmalig zur Verfügung zu stellende Betrag in Höhe von 33.230 Euro ist im Haushalt 2002 des Sozialdezernates eingestellt. Die Stadt Frankfurt am Main hat sich lediglich zu einer Patenschaft bereit erklärt und ist nicht der Stiftung Zentrum gegen Vertreibung beigetreten."

www.stvv.frankfurt.de/parlis2000/ ■

Rechtsextremisten bei Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Schlesien

BERLIN. In den letzten Jahren hat es auf Deutschlandtreffen der Schlesier wiederholt Stände rechtsextremistischer Organisationen oder Zeitungen gegeben. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der PDS-Fraktion hervor. Neben der Wochenzeitung „Der Schlesier" nahm der rechtsextremistische „Zentralrat der vertriebenen Deutschen" an den Deutschlandtreffen der Schlesier wiederholt mit Ständen teil. Versuche der Landsmannschaft Schlesien, dies zu unterbinden, sind nicht bekannt. Die NPD hat in ihrem Parteiorgan „Deutsche Stimme" für eine Teilnahme an den Treffen der Schlesier geworben, die rechtsextremistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) hat zum letzten Treffen im Juli 2001 in Nürnberg eine Gemeinschaftsfahrt unternommen. „Der Schlesier" rief regelmäßig zur Teilnahme an den Treffen auf. Auch hier seien distanzierende Reaktionen der Landsmannschaft Schlesien nicht bekannt. Für den Verfassungsschutz ebenfalls relevant ist laut Bundesregierung, dass Mitglieder des sächsischen Landesverbandes der Landsmannschaft Schlesien für den 13. Februar 2001 einen „Trauermarsch" zum Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden anmeldeten. In den letzten Jahren war dieser Aufmarsch von der JLO angemeldet worden, die auch 2001 wieder einen Redebeitrag hielt. Unter den Rednern war auch NPD-Anwalt Horst Mahler. Wie zuvor beteiligten sich neonazistische Kameradschaften und NPD an dem Aufmarsch, der Kreisverband Dresden der „Republikaner" legte einen Kranz nieder.

1992 bis 1999 wurden die Deutschlandtreffen der Schlesier mit etwa 209.000 Euro aus dem Bundeshaushalt gefördert. Warum seit 1999 nicht mehr, sagt die Regierung nicht. Für sonstige Veranstaltungen erhielten die Schlesier von 1992 bis heute rund 1.040.000 Euro vom Bund. Die erneuten Informationen über Verbindungen der Schlesier in die rechtsextreme Szene zeigen: Die staatlichen Zuschüsse für diesen Verband müssen sofort aufhören.

„Nach mir vorliegenden Informationen", so die Abgeordnete Ulla Jelpke, „soll das nächste Deutschlandtreffen der Schlesier 2003 in Hannover stattfinden und aus dem niedersächsischen Landeshaushalt gefördert werden. Ich fordere die Landesregierung auf, das Treffen in keiner Weise zu unterstützen."

PM Ulla Jelpke ■

Der hessische Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen fordert die Aufhebung der Benesch-Dekrete. Dazu verabschiedete die Landesversammlung eine Resolution, die die Kriegsschuldfrage eindeutig revidiert: „Das Münchener Abkommen von 1938 war die Folge der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen sowie der tschechischen Nationalisierungspolitik nach Gründung der Tschechoslowakei."

Damit rechtfertigt der BDV nicht nur das Münchener Abkommen, sondern betreibt offen Geschichtsklitterung. Als Hitler im Frühjahr 1938 Österreich überfiel, wurde die Grundlage für eine Expansion gegen die Tschechoslowakei vorbereitet und im September des gleichen Jahres durch das Münchener Abkommen manifestiert. Dieser Zusammenhang wird im Protokoll einer „Tschechoslowakei-Besprechung" der Berliner Zentrale der IG Farben sehr deutlich: „Seebohm (Kurt, Vertrauensmann der IG Farben, d. Red.) führt einleitend aus, dass nach der Eingliederung Österreichs in das Reich sich die Spannung in den sudetendeutschen Teilen des Landes vergrößert hat und dass in allen Teilen der Bevölkerung die politischen und wirtschaftlichen Organisationen nach deutschem Muster und nach den Grundsätzen des Nationalsozialismus aufgezogen werden." [1]

Das Münchener Abkommen hat die Grundlage für den Überfall auf die osteuropäischen Staaten gelegt. Das Abkommen ist bis heute nicht für Null und Nichtig erklärt worden. Dass der BdV das Abkommen rechtfertigt und verteidigt, ist eine üble Entgleisung, die man nicht hinnehmen darf.

DOD Nr. 13/02 – jöd ■

1 Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, S. 636 ff

Tschechen gegen Aufhebung der Benes-Dekrete

PRAG. Der überwiegende Teil der Tschechen ist gegen eine Aufhebung der Benes-Dekrete. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes TNS Factum, das die tschechische Presse veröffentlichte. Danach sehen mehr als 57 Prozent der Befragten keinen Grund überhaupt zur Frage der Benes-Dekrete zurückzukehren. Knapp 12 Prozent der Befragten vertraten die Ansicht, dass der Staat die Dekrete zwar nicht aufheben, jedoch anerkennen sollte, dass sie nicht demokratischen Maßstäben entsprechen.

eMail-Pressedienst der deutsch-tschechischen Presseagentur ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Neue Freunde?!

Nationalzeitung
Nr. 12, 13, 15. und 22. März 2002

Der Rechten scheint es an Denkern zu fehlen, die für ihre kruden Theorien das Rückgrat geben. Deshalb muss jetzt einer herhalten, der das nun wirklich nicht verdient hat. Über zwei Ausgaben (Nr. 12 und 13) wird der „US-Amerikanische Wissenschaftler und Philosoph“ Noam Chomsky als „ein jüdischer Insider“, der „die wahren Hintergründe“ der Anschläge vom 11. September enthüllt, vorgestellt. Daran anschließend wird zwar in der Rezension seiner letzten Schrift „The Attack“ schnell ziemlich deutlich, dass das Buch mit der reißerischen Ankündigung wenig gemein hat. Es wird wohl darauf gesetzt, dass viele der NZ -Leser sowieso bei der Überschrift ihre Lektüre beenden werden (Chomskys Bücher sind , dick beworben, über den NZ-Verlag zu erwerben). Ebenfalls in der Nummer zwölf ist von einer „Hasskampagne gegen Carl Diem“ zu lesen. Anlässlich einer Straßenumbenennung in Osnabrück (!) wird über ihn munter als den „Begründer des modernen Leistungs- und Breitensports“ fabuliert, der ja auch die „weltweit gelobten Olympischen Spiele 1936“ maßgeblich organisiert habe. Interessant.

Ein weiteres Steckenpferd wurde in der Benennung des sich aus Berlin und Brandenburg neu gründenden Bundeslandes gefunden. Die DVU Fraktion im Brandenburger Landtag hatte beantragt, es „Preußen“ zu nennen, was zu Aufregung und Belustigung im Plenum gesorgt hatte. So könne „ ein hasserfülltes Diktat der deutschen Nachkriegsgeschichte auf dem Müllhaufen der Geschichte“ entsorgt werden“, so der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion. Ein schöner Einfall, dem die NZ auf die ihr eigene Weise auch etwas abzugewinnen hat: eine wunderbare Medaille die für den lächerlichen Preis von 199 Euro in Gold oder für 49 € in Silber zu erwerben ist. Auf ihr ist zu lesen, was als Attribute für Preußen wohl nicht jedem in den Sinn kommt: „Ordnung, Recht und Toleranz (!)“. Na dann...



Scheuchs Lösungsvorschläge gegen die Korruption

Junge Freiheit Nr. 12/02 vom 15. März 2002

Erwin K. Scheuch, Professor für Soziologie im Ruhestand und versierter rechter Parteienkritiker, gibt dem Blatt ein Interview zu den Auswirkungen des Kölner Müll-Skandals. Als Gegenmaßnahmen schlägt Scheuch Folgendes vor: „Ein Ende der Praxis, Großspenden steuerlich absetzen zu können, die Einführung eines Rückberufungsrechts gegenüber Abgeordneten, die gefehlt haben, Aberkennung des passiven Wahlrechts für Beamte ... und die Einführung von Primärwahlen, also die Einflussnahme von Bürgern oder wenigstens der Parteibasis auf die Kandidatenaufstellung.“ Alle Vorschläge Scheuchs drehen sich um die Gestaltung der Parteien. Die Vergabeverfahren und Fragen der Transparenz staatlicher Auftragsvergabe lässt er außen vor.

Schill-Partei dehnt sich weiter aus

Junge Freiheit Nr. 13/02 vom 22. März 2002

Das Blatt berichtet, Mitte März hätten sich die ersten Ortsverbände der Schill-Partei in Dresden und Leipzig gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern zählen der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Goliasch, der sein Mandat wegen Tätigkeit für den KGB niederlegte, und Ludwig Singewald, ehemals FDP-Mitglied. Singewald kündigte Gründung weiterer Orts- und Kreisverbände an.

Erkennungsdienstliche Behandlung von Einwanderern?

Junge Freiheit Nr. 14/02 vom 29. März 2002

Rolf Stolz versucht mit wild zusammengewürfelten Zahlen nachzuweisen, dass Migranten und vor allem Flüchtlinge wegen der hohen Sozialkosten, die sie verursachen, die Hauptschuldigen der Staatsverschuldung sind. Auf jeden Fall seien sie zu teuer und missbrauchten das soziale Netz in einem fort. Nach der Auflistung einiger, teilweise nicht einmal verurteilter Missbrauchsfälle, kommt er zu dem Schluss: „Angesichts solcher Tatsachen erhebt sich die Frage, ob nicht generell alle Zuwanderer erkennungsdienstlich beahndelt werden sollten, was übrigens seit längerem in Japan praktiziert wird. Nur so sind Personen festzustellen, die bereits unter anderem Namen Asyl und Hilfeleistungen beantragt haben oder als Straftäter gesucht werden. Hier muss das öffentliche Interesse an der Verhinderung und Aufdeckung von Missbrauch (auch das Interesse der rechtstreuen Ausländer, nicht für die ‚schwarzen Schafe’ verantwortlich gemacht zu werden) Vorrang haben gegenüber den individuellen Empfindlichkeiten.“ Die individuelle Empfindlichkeit der Bundesbürger hingegen muss geschützt werden. Straftaten, Missbrauch von Staatsleistungen etc. kommen schließlich auch unter diesen vor.

Deutsche Konservative unterstützen Schill

Junge Freiheit Nr. 15/02 vom 5. April 2002

Der ehemalige Springer-Journalist *Joachim Siegerist*, Vorsitzender der „Deutschen Konservativen“ hat mit einer Anzeigenkampagne für die Schill-Partei begonnen. Einer ersten Anzeige in der FAZ sollen weitere in Sachsen-Anhalt folgen. Siegerist ruft auf, bei der Bundestagswahl Stoiber, in Sachsen-Anhalt aber die Schill-Partei zu wählen. Er behauptet: „Die sachsen-anhaltinische CDU ist sich völlig im klaren darüber, dass sie ohne Schill nicht die geringste Chance hat, die rot-rote Regierungskoalition abzulösen ... Die Schill-Partei wird deutlich über fünf Prozent kommen. Außerdem hat allein die Ankündigung der Schill-Partei, bei den Landtagswahlen anzutreten, zu einem Verzicht der DVU geführt ...“

CHR, uld ■